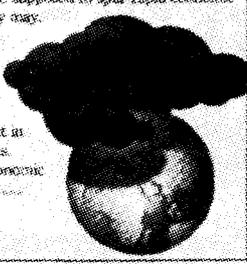


PROFITS WHERE THE SCHOOLS ARE THE STRATEGIES TO WIN

BusinessWeek

WHAT'S WRONG?

When communism collapsed and free markets blossomed around the world, the peace dividend and capitalism together were supposed to spur rapid economic growth. Ultimately, they may. But so far the world economy has faltered. High unemployment, slow growth, and severe wage and price competition are rampant in the industrialized nations. Welcome to the new economic order nobody expected.



„Neue Weltordnung“ heißt Wirtschaftskrise und wachsende interimperialistische Rivalitäten. Die Frankfurter Bankiers stürzen den Rest von Westeuropa ins finanzielle Chaos, die Zeitung *El País* (Madrid) nennt D-Mark „den Herrn Europas“



Bundesbanko exterminador

La prensa y el Franco se apresuran de nuevo a poner el dedo en la llaga

El lunes 27 de julio, cuando se celebraba en Madrid el primer día de la feria de la moneda, la prensa española se apresuró a poner el dedo en la llaga. El periódico *El País* publicó un artículo titulado "El dueño de Europa" que se refiere a la D-Mark como "el señor de Europa". Este artículo, que fue publicado en la primera página, es un ejemplo más de la campaña de desprestigio que se está llevando a cabo contra la moneda alemana. El artículo afirma que la D-Mark es la causa de la crisis económica en Europa y que es necesario tomar medidas para eliminarla. Este tipo de ataques a la D-Mark es parte de una estrategia más amplia para debilitar la economía alemana y, por lo tanto, la influencia de Alemania en Europa.

Der Herr Europas

El dueño de Europa

Die D-Mark frißt Europa

Im letzten Herbst ließen die deutschen Bankiers endgültig die Illusion einer europäischen Wirtschafts„einheit“ sterben. Ende Juli haben sie den Leichnam mit Schimpf und Schande beerdigt. Nach einem erfolgreichen spekulativen Angriff auf den französischen Franc wurden die Überbleib-

„Neue Welt-Unordnung“

sel des Europäischen Währungssystems (EWS), in dem die Wechselkurse der europäischen Währungen zueinander festgeschrieben waren, de facto außer Kraft gesetzt. In Zukunft werden die Währungen innerhalb einer Bandbreite von 30 Prozent um ihren bisherigen Kurs zur D-Mark schwanken dürfen. Die konterrevolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, die groß als Meilenstein eines vereinigten kapitalistischen Europas angepriesen worden ist, hat sich statt dessen als deren Ende erwiesen.

Während des letzten Jahrzehnts ist „le franc fort“ (der starke Franc) als Hauptsymbol für die nationale Größe

Frankreichs hochgehalten worden. Solange der Wechselkurs zwischen Franc und D-Mark stabil blieb, konnten die herrschenden Kreise Frankreichs so tun, als ob die Europäische Gemeinschaft sich um eine Achse Bonn-Paris drehen würde. Aber der „starke Franc“ ist jetzt, so wie die Maginot-Linie 1940, von der überwältigend überlegenen Stärke eines wiederaufsteigenden Deutschlands weggefegt worden. Heute sind es die Bankiers von Frankfurt, die offen die Richtung vorgeben.

„Die deutsch-französische Achse, die der Motor Europas gewesen ist, ist zerbrochen“, lamentierte das *Journal de Dimanche* verbittert. „Die bösen Absichten der Deutschen und der Egoismus der Bundesbank werden Markierungen setzen und schmerzliche Erinnerungen zurücklassen.“ Die maßgebliche Zeitung *Le Monde* warnte dunkel, daß die „augenblickliche Währungskrise im Schiffbruch des europäischen Projekts enden könnte“. Solche antideutschen Stimmungen finden ihr Echo in anderen europäischen Ländern, deren Wirtschaften durch das Finanzdiktat des Vierten Reichs destabilisiert worden sind. „Bundesbank Exterminator“ war eine Überschrift in der spanischen Zeitung *El País*.

Der ehemalige Außenminister Roland Dumas versprüht sein Gift nicht nur gegen die „egoistischen“ Deutschen. Er warf den „Angelsachsen“ vor, den Franc unterminiert zu haben, um die europäische „Integration“ zu unterminieren. Mittlerweile gefällt sich die kaum handlungsfähige britische Tory-Regierung von John Major in einer selbstgefälligen Pose: „Das haben wir euch ja gleich gesagt“, weil sie das Pfund schon vor fast einem Jahr aus dem EWS nahmen, während die Franzosen bei ihren vergeblichen Bemühungen, den Franc zu „verteidigen“, ihre Währungsreserven verpulverten.

Was die wirtschaftlichen Entwicklungen angeht, so wird das Ende des festen Wechselkurses zwischen D-Mark und Franc eine neue Periode von Währungschaos in Westeuropa einläuten, markiert von Abwertungen, die Wettbewerbsvorteile schaffen sollen, und anderen handelspolitischen Maßnahmen auf Kosten der Nachbarländer, so wie in den 30er Jahren. Europäische Regierungen können ihr nationales Kosten- und Preisniveau ganz einfach durch eine

Fortgesetzt auf Seite 19

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endrueit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH

Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 13366 Berlin, Fax (030) 4 91 14 79

Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nieder mit der Kohl/Treuhand-Bande! Brecht mit den Sozialdemokraten! SPD/PDS kiltten Bischofferode

Der erbitterte Kampf der 700 Kali-Kumpel und ihrer Frauen in Bischofferode gegen die Kahlschlagpläne der Kohl/Treuhand-Bande und deren SPD/DGB-Helfershelfer war zum Symbol für Arbeiterwiderstand gegen Massenentlassungen und Sozialabbau im ganzen Land geworden. Von Suhl bis Rheinhausen sagen die Arbeiter: „Bischofferode ist überall“. Die kapitalistische Wiedervereinigung hat die Wirtschaft der ehemaligen DDR verwüstet, während die Frankfurter Bankiers und ihre Vertreter in Bonn einen Schuldenberg anhäufeten. Jetzt sollen Werktätige auf beiden Seiten der Elbe dafür mit Massenentlassungen und der Demontage der Sozialprogramme bezahlen.

Deswegen war Bischofferode potentiell so explosiv, und deshalb gab es eine so starke Solidarität in ganz Deutschland und in Westeuropa. Deshalb schrien die Bourgeoisie und ihre unverblümt rechten sozialdemokratischen Agenten in der Arbeiterbewegung so laut, daß die Kumpel ihre Besetzung und ihren Hungerstreik beenden sollten.

Aber die Bischofferöder Bergarbeiter wurden nicht nur von den SPD/DGB-Bonzen verraten. Die Kumpel sind einer Niederlagenstrategie gefolgt, die von der PDS durchgesetzt wurde. Mit der „Aussetzung“ der Betriebsbesetzung angesichts der drohenden Räumung durch Treuhand und Mitteldeutsche Kali AG endete sie jetzt tatsächlich mit

einer Niederlage. Die Kumpel haben jetzt einen kräfteverzehrenden Marsch zur Treuhand nach Berlin angetreten. Während die SPD für die BASF die Schließung des Thomas-Müntzer-Schachts durchsetzen will, macht sich die PDS für einen ostdeutschen Kapitalismus stark.

Die Kumpel in Bischofferode sehen ihren Kampf als mit dem der gesamten Arbeiterklasse verbunden. Aber vier Jahrzehnte politische Atomisierung unter stalinistischer Herrschaft, der Klassenverrat der SPD/DGB-Spitzen und die jetzige verzweifelte Ausgangslage haben das Bewußtsein der proletarischen Kampfmethoden weitgehend zerstört. Die Kaliproduktion wurde während des Protestes nicht eingestellt. Dies stand einer Ausweitung des Kampfes durch Streiks, Boykotts und Besetzungen auf andere Betriebe im Weg, besonders auf BASF, wo die Kali-Arbeiter auch vor Massenentlassungen stehen. Der Hungerstreik war *kein* Streik, sondern eine verzweifelte moralische Geste, die Hand in Hand ging mit Illusionen in die Bosse und ihre Regierung sowie mit Appellen an sie.

Um die Arbeitsplätze zu retten, hätten die Arbeiter über den Hungerstreik hinausgehen und die breite Solidarität in *entschlossene und militante klassenkämpferische Aktion* verwandeln müssen. Streik und Besetzung hätten auf die Arbeiterklasse übertragen werden müssen.
Fortgesetzt auf Seite 20

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Quoten der Abokampagne 1993

Berlin	110
Duisburg	25
Halle	60
Hamburg	50
Auf Entfernung	20
Gesamt	265

Abonniert jetzt!

Gratis: zu jedem vollen Abo eine Artikelsammlung des *Spartakist!*

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 - Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
 - Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
- alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 106

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin, Konto 119 88-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Die Zeitung, die „Nein!“ zum Anschluß sagte

Protestiert gegen die antikommunistischen Schauprozesse! Düsseldorf, 22. September, 8.30 Uhr: Hände weg von Markus Wolf!

Am 23. August verlangte der Staatsanwalt Jahntz vor dem Berliner Landgericht zwölf Jahre Haft für den ehemaligen Verteidigungsminister der DDR, Heinz Keßler, und zehn bzw. acht Jahre für die anderen Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates, Fritz Streletz und Hans Albrecht. Die Justiz des Vierten Reichs will sie bis an ihr Lebensende hinter Gitter sperren, weil sie an führender Stelle den deformierten Arbeiterstaat DDR gegen den BRD- und NATO-Imperialismus verteidigt haben. Besonders Keßler ist in ihrem Visier, der als Jugendlicher aus der Wehrmacht desertierte und auf Seiten der Roten Armee gegen Nazi-Deutschland gekämpft hat.

Und am 22. September setzt die Rachejustiz des Vierten Reichs ihren Düsseldorfer Schauprozess gegen den von ihnen bestgehaßten Vertreter der DDR fort: Ex-Spionagechef Markus Wolf, der aus einer jüdischen Familie stammt und in der Sowjetunion Exil fand, soll sich wegen „Landesverrats“ verantworten. Verrat an welchem Land, wie Markus Wolf fragte? Nicht an der DDR, wegen deren Verteidigung er jetzt verfolgt wird. Und auch eine posthume Zwangseingemeindung von Markus Wolf in das imperialistische Westdeutschland wird schwerlich gemeint sein. Der „Landesverrat“, für den er vom rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs vor Gericht gezerzt wird, kann sich nur auf Nazi-Deutschland beziehen, das durch den Sieg der Roten Armee zerschlagen worden ist. Markus Wolf diente dem deformierten Arbeiterstaat DDR, der aus diesem Sieg hervorging.

Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf! Wir Trotzlisten rufen zur Protestkundgebung am 22. September vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht auf und fordern: Hände weg von Markus Wolf! Sofortige Freilassung von Heinz Keßler und seinen Mitangeklagten!

Auf Antrag von Markus Wolfs Anwälten sollen an diesem Tag Ex-Außenminister Genscher und sein Nachfolger Klaus Kinkel, 1979–1982 als Chef des Bundesnachrichtendienstes Wolfs Gegenspieler, als Zeugen aussagen. In seiner Rede vor Gericht hatte Wolf am 4. Mai darauf hingewiesen, „daß ich als ehemaliger Leiter des Nachrichtendienstes des einen deutschen Staates vor Gericht stehe, während der ehemalige Leiter genau des gleichen Dienstes im anderen deutschen Staat das vereinigte Deutschland als Außenminister vertritt“. Der westdeutsche BND ist die „Truppe für

alle Gelegenheiten“ des deutschen Imperialismus, die unter dem Nazigeneral Gehlen direkt aus Hitlers Spionageapparat „Fremde Heere Ost“ hervorgegangen ist.

Ob mit Günther Guillaume im Kanzleramt oder „Topas“ im Brüsseler NATO-Hauptquartier – Wolfs Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) diente jahrzehntelang der Verteidigung der DDR gegen die Imperialisten. Helmut Schmidts *Zeit* (30. Juli), wahrlich kein Sympathisant der HVA, beschreibt die in Düsseldorf vorgeladenen Zeugen: „Zur Berücksichtigung freigegeben ist eine beachtliche Typenvielfalt von Spionen. Der coole, harte Typ aber, der für Geld alles oder alles für Geld tat, war nicht darunter. Und so verschieden sie voneinander sind, angetrieben wurden sie alle von ideellen, von politischen Motiven.“ Aber trotz der oft hervorragenden Arbeit zum Schutz des ersten Arbeiterstaates auf deutschem Boden, die Markus Wolf den Namen „Meisterspion“ einbrachten, führte er diese im Dienste der stalinistischen Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus aus, die letztlich zur Zerstörung der DDR führte.

Genau wie bei Markus Wolf ist der Prozess gegen Keßler Teil des Rachefeldzugs der Bourgeoisie und ihrer SPD-Helfer. Keßler soll den Rest seines Lebens hinter Gittern verbringen, weil die Berliner Mauer den Imperialisten den Zugriff auf den Arbeiterstaat verwehrte, wenn auch mit den Methoden einer stalinistischen Bürokratie, die dem „Aufbau des Sozialismus in einem (halben) Land“ entsprangen. Die Mauer war das Haßobjekt der Imperialisten, weil sie die Frontlinie der Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution war. Deshalb haben wir Trotzlisten sie verteidigt.

Die PDS, die die Hexenjagd gegen Mielke und Honecker mitgetragen hat und sogar ihre eigenen Parteikassierer Pohl und Langnitschke an den Knast auslieferte, wünscht sich beim Keßler-Prozess eine „sanftere“ Klassenjustiz. *Neues Deutschland* (30. August) bittet das Gericht, sich nicht „vom Geist des kalten Krieges erpressen zu lassen“, sondern „etwas für den inneren Frieden zu tun“. Doch „ein bißchen Hexenjagd“ ist genauso unmöglich wie „ein bißchen kapitalistische Wiedervereinigung“ mit 1:1-Wechselkurs, wie es Gysi/Modrow den Arbeitern einreden wollten, um sie mit falschen Versprechungen zu besänftigen und an die Kapitalisten auszuliefern.

Die Hexenjagd soll die Arbeiter vom Kampf gegen die erbarmungslosen Konsequenzen der Zerschlagung und imperialistischen Annektion der DDR ablenken, die Massenarbeitslosigkeit und rassistischen Terror gebracht haben. Wer Widerstand leistet, soll durch die Hexenjagd eingeschüchtern werden. Einschüchterung war auch die Botschaft von Bad Kleinen, wo der RAF-Unterstützer Wolfgang Grams von der GSG-9 am helllichten Tage hingerichtet wurde. Das ist die Wahrheit über die angeblich „neutrale“ Klassenjustiz, die von der PDS beschworen wird.

Wir Trotzlisten haben von Anfang an Markus Wolf, Erich Mielke, Heinz Keßler und alle Repräsentanten der ehemaligen DDR gegen die Rachejustiz des Vierten Reichs verteidigt. Beteiligt euch an den Protesten – Vor dem Berliner Landgericht bei der Urteilsverkündung: Freiheit für Heinz Keßler und seine Mitangeklagten! – Vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht am 22. September, 8.30 Uhr: Hände weg von Markus Wolf! Niederschlagung des Verfahrens! ■

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin Telefon: (0 30) 4 92 78 66
Duisburg	T. Endruweit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (02 03) 6 58 92 (abends)
Halle	SpAD, Postfach 20 11 31 06012 Halle Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg Telefon: (0 40) 32 36 44

Viertes Reich verurteilt Anti-Nazi-Richter Jürgens

„Bourgeoisie von Auschwitz: Hände weg von Markus Wolf und Otto Jürgens!“ riefen Spartakisten auf einer Kundgebung am 1. September vor dem Landgericht Leipzig, das direkt gegenüber dem Gebäude vom Reichsgericht liegt, wo 1933 der Reichstagsbrandprozeß inszeniert wurde. Die Teilnehmer des Protestes forderten: „Weg mit allen Anklagen!“ Der überzeugte Antifaschist und ehemalige DDR-Volksrichter Otto Jürgens war angeklagt, 1950 in den „Waldheimer Prozessen“ Nazi-Kriegsverbrecher verurteilt zu haben. Zwar wurde diese Anklage auf den Vorwurf der „Rechtsbeugung“ reduziert, doch jetzt verurteilte die rachsüchtige Justiz des Vierten Reichs den 87jährigen kurze Zeit nach den Nazi-Morden in Solingen zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und zur Zahlung von DM 6000 an den „Bund Stalinistisch Verfolgter“. Wenn er sich weigert, soll er sofort ins Gefängnis geworfen werden.

„Es war ein politischer Prozeß“, der „aufgrund der politischen Entwicklung ab 1989 möglich wurde“, wie Richter Helbig offen erklärte. Nach dem kapitalistischen Anschluß kann die Bourgeoisie mit diesem Prozeß ihre Kontinuität mit dem Dritten Reich offen behaupten. Direkt nach dem Sieg der Roten Armee, die das Nazi-Regime zerstörte, wurden auf dem Gebiet der DDR 520 000 Nazis aus dem Staatsapparat, der Justiz und der Industrie entfernt. Internierung und Massenverurteilungen in Ostdeutschland waren ein Teil der Politik, die den bürgerlichen Staat und damit den gesamten Naziapparat zerschlagen hat. Dazu dienten die antifaschistischen Prozesse in Waldheim, und deshalb verteidigen wir sie. Wir greifen die stalinistische Bürokratie dafür an, daß sie einige Nazis wie den Judenmörder Just (heute SPD) entkommen ließ, nicht dafür, daß sie mit den Faschisten aufgeräumt hat. Im Gegensatz zum imperialistischen Westdeutschland, dem rechtlichen Nachfolgestaat des Dritten Reichs, wurde die DDR durch die Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Rote Armee auf der Grundlage von proletarischen Eigentumsformen aufgebaut.

Im Westen erhielten die alten Nazis ihre Funktionen wieder zurück. Bekanntlich wurde kein einziger Nazi-Jurist verurteilt. Der Aufschrei, der nach der kapitalistischen Konterrevolution über die Verurteilung von „kleinen Nazis“ wie dem faschistischen Staatsanwalt Rosenmüller laut wurde, kommt vom Haß der Bourgeoisie auf alles, was den Arbeiterstaat DDR repräsentierte. Nach dem Schandurteil gegen Jürgens fühlt sich die *taz* (2. September) ermutigt, in unverhülltem Nazi-Jargon gegen eine „SED-gesteuerte Scheinjustiz“ und deren „antifaschistische‘ Jauche“ zu hetzen.

Um den Sieg der Roten Armee gegen Hitlers Truppen umzudrehen, muß die Geschichte selbst auf den Kopf gestellt werden – Faschisten werden zu „Opfern“ gemacht. Wie Jürgens wurde auch der heldenhafte Antifaschist Gerhard Bögelein zum Opfer einer rabiaten antikommunistischen Hexenjagd. Gerhard wurde am 18. Mai 1992 aus Rache für den Tod eines Nazi-Kriegsrichters verurteilt, den 1947 im sowjetischen Gefangenenlager Klaipėda die antifaschistische Justiz ereilt hatte. Am 9. März 1993 erlag Gerhard Bögelein seiner schweren Krankheit, nach Haft und Folter. Aber das Vierte Reich konnte ihn nicht brechen. Es wird ihm auch bei Jürgens nicht gelingen.

Otto Jürgens wurde verurteilt, an den „Bund Stalinistisch Verfolgter“ zu zahlen. Der *Telegraph* der Umweltbibliothek berichtete am 12. Mai 1990, wie dieser Verein eine Zeremonie auf dem Gelände des Lagers Fürstenberg abhielt, organisiert von den ehemaligen Führern der Hitlerjugend und des Bunds Deutscher Mädel. Sogar die PDS, die sich der Hetze über „unschuldige Waldheim-Opfer“ angeschlossen hat, be-



Spartakist

klagte sich über dieses Urteil. Doch diese hoffnungslosen Reformisten fordern eine „gerechtere“ Verurteilung von Jürgens: Sie wollen, daß er an einen Verein zahlt, der „sich in verträglicherer Weise der Opfer überzogener Staatsgewalt annimmt“ (*Neues Deutschland*, 3. September)!

Für uns Trotzisten ist es dagegen selbstverständliche Pflicht, Bögelein und Jürgens zu verteidigen und gegen die antikommunistische Hexenjagd zu kämpfen. Am besten werden wir die Antifaschisten durch unseren Kampf ehren, den Nazi-Terror für immer von diesem Planeten hinwegzufegen, indem wir durch Arbeiterrevolution das verrottete kapitalistische System beseitigen!■

SPD-Regierung läßt Schlächter von Treblinka frei

Irgendwann im Mai wurde klammheimlich Kurt Franz, Stellvertretender Kommandant des Todeslagers Treblinka, im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen aus der Haft entlassen. Im Juli, als amerikanische Zeitungen über die skandalöse Freilassung des Massenmörders im Vierten Reich berichteten, bestätigten die Justizbehörden seine Haftentlassung „vor einigen Wochen, vielleicht im Mai“ (*BZ*, 2. August), wegen „angegriffener Gesundheit“.

In Treblinka wurden 900 000 Juden aus ganz Europa ermordet, unter ihnen Kämpfer des heroischen Warschauer Ghetto-Aufstands. Der Judenschinder Franz, Beiname „Lalka“, war besonders berüchtigt für seine Brutalität. Seine Verbrechen waren so grausam und seine „Identität“ so klar, daß selbst die deutsche Bourgeoisie nicht anders konnte, als den SS-Schlächter 1965 wegen gemeinschaftlichen Mordes an 300 000 Menschen und wegen persönlichen Mordes an 139 Menschen lebenslanglich zu verurteilen.

Wie die Internationalistischen Kommunisten 1945 in Buchenwald erklärten: „Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen.“ Die internationale Arbeiterklasse wird die Verbrechen von Auschwitz bis Treblinka rächen!

**Junge
Spartakisten**

Gewerkschafter, Aborigines, Studenten mobilisieren: Sydney: Rassistischer Ausschluß zurückgeschlagen!

„Ich war immer auf der anderen Seite ... draußen vor der Kneipe. Aber diesmal war ich drinnen, auf der Gewinnerseite“, so beschrieb ein früherer BLF-Aktivist (Bauarbeitergewerkschaft) von den Aborigines (Ureinwohner Australiens) die erfolgreiche Aktion von Gewerkschaftern, Aborigines und Studenten am 26. Mai. Die integrierte Gruppe von 40 Leuten hatte energisch ein rassistisches Verbot durchbrochen, das den Aborigines das Recht verwehrt, das Student Prince Hotel in Camperdown, Sydney, zu betreten und dort etwas zu trinken. Es nahmen Gewerkschafter aus mehr als einem halben Dutzend Industriezweigen teil, darunter Bau, Schifffahrt, Druck und Kommunikation. Es gab Studenten von der nahen Universität Sydney, Kommunisten, Asiaten und Aborigines von Redfern und dem nahen Tranby Aboriginal College. Ihre Botschaft war klar: Sydney ist eine multirassische Gewerkschaftsstadt, und hier ist kein Platz für rassistische Verbote oder Ausschlüsse. Der solide Kern von Gewerkschaftern, die sich der Student-Prince-Aktion anschlossen, war entscheidend für den Erfolg. Viele von ihnen repräsentierten Jahrzehnte von Gewerkschaftskämpfen und wollten einmal einen Kampf gewinnen.

Ziel der gemeinsamen und integrierten Aktion am 26. Mai war, entschlossen sicherzustellen, daß jeder und jede – unabhängig von seiner oder ihrer Hautfarbe – bedient wird und daß der rassistische Ausschluß, den das Management des Student Prince Hotels betrieb, sich nicht wiederholt. Drei Mitglieder des Teams der Redfern All Blacks Rugby League stellten sich an der Bar auf, um bedient zu werden. Die anderen Demonstranten machten klar, daß es für die Bar keine weitere Kundschaft geben würde, bis sie bedient worden waren. Sie wurden bedient. Die Gruppe feierte ihren Sieg mit einem Toast auf den Erfolg ihrer Aktion. Der Stecker der Musikbox wurde rausgezogen (unter Protest des Managements), und die Hotelführung hörte den Reden zu.

Viele Studenten der Universität Sydney und andere Gäste, die an diesem Abend da waren, drückten ihre Solidarität mit der Aktion aus und applaudierten den Reden. Ein paar junge Frauen kamen auf uns zu und sagten, „wir denken, das ist wirklich gut, wir denken, das ist großartig, was ihr da macht“. Shaun Russell, Student an der Universität Sydney und Unterstützer der Spartacist League Australia (SL/A), der zu der Versammlung im Hotel sprach, bekam großen Applaus. Er betonte, daß Studenten eine Seite beziehen müssen mit der Arbeiterklasse und zur Verteidigung aller Unterdrückten. Eine Stunde später zog die Gruppe geordnet ab.

Nieder mit dem rassistischen australischen Kapitalismus!

Die SL/A war stolz, diese kleine, aber bedeutende integrierte Aktion von Gewerkschaftern/Schwarzen/Minderheiten initiiert zu haben. Die Aktion erfolgte nach dem Beispiel der Sit-ins schwarzer und weißer Studenten im Süden der USA Anfang der 60er Jahre, die Schnell-Imbisse und andere Einrichtungen, die lange unter dem Jim-Crow-System nach Hautfarbe getrennt waren, integrieren wollten. Das Student Prince Hotel, nicht weit entfernt vom Aborigi-



Australasian Spartacist

Rassistische Quote in Studentenkneipe zurückgeschlagen. Unterstützer des Protestes feiern ihren Sieg

nes-Wohnviertel in Redfern, entwickelte sich zu einem Ort, wo sich jugendliche Aborigines gern mal auf ein Glas trafen; da führte das Hotelmanagement eine rassistische, gegen Schwarze gerichtete Quote ein, durchgesetzt von Rauschschmeißern, die anfangen, mit schmutzigen rassistischen Sprüchen junge Männer und Frauen abzuweisen.

Barbara Davis, eine der Aborigines, die zuvor ausgeschlossen worden waren, nahm an der Aktion teil und sprach zu der Versammlung im Hotel:

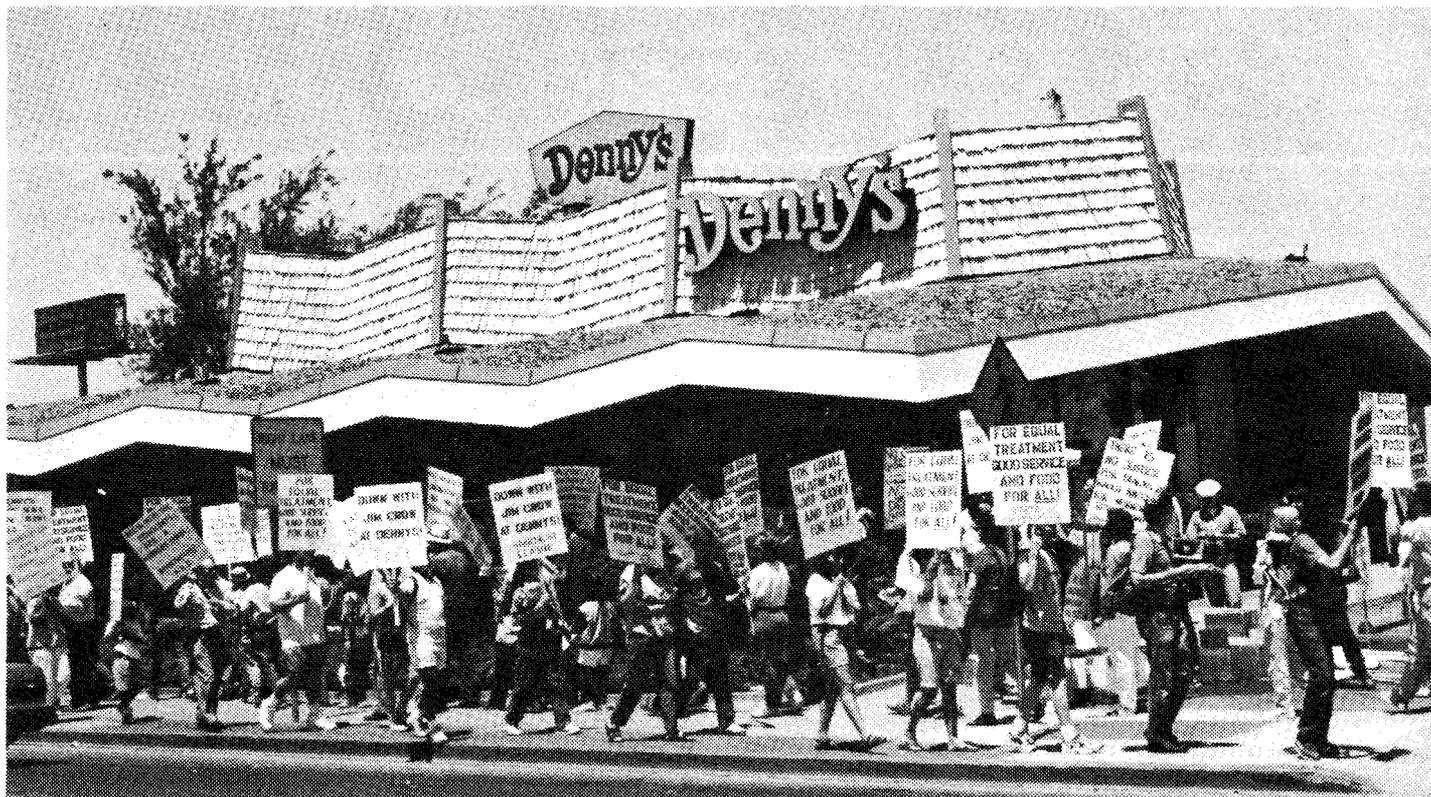
„Ich bin nicht anders als alle anderen. Ich arbeite hart, ich versorge meine Familie, und ich zahle Steuern. Und ich habe das Recht, auszugehen und in jedes Lokal hineingelassen zu werden, genauso wie jeder in diesem Land.“

Während die Keating-Regierung (Labor Party) heuchlerische Plattheiten zum Jahr der Ureinwohner von sich gibt, das von der imperialistischen UNO gesponsert wird, hat es einen scharfen Anstieg von rassistischer Hysterie und mörderischer Unterdrückung gegen Aborigines gegeben. 1987 war die Todesrate der Schwarzen, die in Polizeigewahrsam starben, bereits 13mal höher als in Südafrika. Seit dieser Zeit stieg die Zahl der verhafteten Aborigines national um 25 Prozent und in New South Wales (Hauptstadt: Sydney) um 80 Prozent. Entsprechend gab es immer mehr Folter und Mord an inhaftierten Aborigines durch die Polizei.

Wie SL-Sprecher Chris McCarthy den Demonstranten am 26. Mai sagte, kämpfen wir dafür, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die die Arbeiter und alle Unterdrückten führt, eine leninistische Partei, die ein Volkstribun ist und die Angriffe der Kapitalisten auf die Rechte aller Teile der Gesellschaft entlarvt und bekämpft. Dies bedeutet einen politischen Kampf, um die multirassische Arbeiterklasse von der rassistischen, prokapitalistischen Labor Party zu brechen. Für eine rassistisch integrierte Arbeiterrepublik Australien als Teil eines sozialistischen Asiens!

Nach Australasian Spartacist Special Supplement, 2. Juni

Von Los Angeles bis Atlanta – Arbeiter/Schwarze fordern: Nieder mit Diskriminierung bei Denny's!



Workers Vanguard

Bay Area: 150 Demonstranten und Mitglieder von einem Dutzend Gewerkschaften protestierten gegen Diskriminierung

Am 3. Juli schlossen sich mehrere hundert Menschen Protestdemonstrationen vor Filialen der Restaurantkette Denny's in den USA an und forderten: „Nieder mit Jim-Crow-Diskriminierung bei Denny's! Für gleiche Behandlung, gute Bedienung und Essen für *alle!*“ Drei Jahrzehnte, nachdem die Bürgerrechtsbewegung die institutionalisierte Ausgrenzung von schwarzen Menschen im amerikanischen Süden („Jim Crow“ genannt) angeblich beendete, will die Denny's-Kette Schwarze wieder ausgrenzen. Die Demonstrationen wurden von der Labor Black League for Social Defense (Bund der Arbeiter/Schwarzen für soziale Verteidigung) in der Bay Area von San Francisco initiiert, und die Spartacist League/U.S. (amerikanische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga) und die Labor Black Leagues riefen in Los Angeles, der Bay Area, Chicago, Atlanta, Washington und Boston zu Demonstrationen auf.

Rassismus bei Denny's machte Schlagzeilen, als 125 Mitgliedern des Martin-Luther-King-Kinderchors der Zugang zu einer Filiale in Woodbridge, Virginia (bei Washington) verweigert wurde. Am 1. April weigerte sich Denny's, schwarze Mitglieder von Clintons Sicherheitsdienst zu bedienen. „Black-Outs“, der rassistische Ausdruck dafür, daß „zu viele Schwarze“ gleichzeitig in einem Lokal essen; die Praxis, von Schwarzen Vorauszahlung zu verlangen; Hispanics und Homosexuelle nicht zu bedienen oder ihnen kaltes, schlechtes Essen zu servieren – das ist das wahre Gesicht der Diskriminierung bei Denny's.

Denny's-Arbeiter, die sich beschwerten oder sich weigerten, diese Praktiken mitzumachen, wurden gefeuert. Eine jüdische Frau, die sich aktiv an der Organisierung der Gewerkschaft bei Denny's beteiligte, wurde unaufhörlichem Antisemitismus ausgesetzt. Eines Tages fand sie im Restaurant ein riesiges Hakenkreuz prominent ausgestellt!

Denny's Hauptniederlassung befindet sich im Herzen des gewerkschaftsfeindlichen Südens, wo die Bundesstaaten immer noch Fahnen hissen, die wie die Konföderierte Flagge der Sklavenhalter und des KKK aussehen. Schwarzenrechte und der Kampf für gewerkschaftliche Macht hängen zusammen, genauso wie die Lynchstricke der Faschisten und die Zerschlagung von Gewerkschaften. Es ist kein Zufall, daß BMW und andere internationale Firmen gewerkschaftlich nichtorganisierte Betriebe im amerikanischen Süden eröffnen, wo „die Lohnkosten halb so hoch sein können wie in Deutschland“ (*New York Times*, 11. April).

Doch anstatt die Gewerkschaften für die Organisierung des nichtorganisierten Südens zu mobilisieren, beugte sich die Gewerkschaftsbürokratie in den 80er Jahren vor Reagan/Bush und sagte den Arbeitern in den 90ern, daß sie den Demokraten Clinton wählen sollten. Gleichzeitig setzt sich die liberale schwarze Bürgerrechtsorganisation NAACP dafür ein, daß Denny's mehr schwarze Manager einstellt. Dies ist ein musterhaftes Beispiel des Programms des schwarzen Kapitalismus, das eine dünne Schicht von schwarzen Unternehmern schaffen soll, während die überwiegende Mehrheit der Unterdrückten immer tiefer in den Abgrund getrieben wird. Bei Denny's und überall im Süden ist eine klassenkämpferische Gewerkschaftsorganisierungskampagne notwendig, was einen Frontalangriff gegen Diskriminierung und rassistische Unterdrückung bedeuten würde.

Deshalb fanden diese Protestdemonstrationen von Roten und Schwarzen breite Unterstützung unter Antirassisten und Gewerkschaftern – bei Transport- und Restaurantarbeitern, Postlern und schwarzen Feuerwehrleuten. Das Gros der über 26000 Flugblätter in der Bay Area wurde von Gewerkschaftern, Angehörigen von Minderheiten und

Fortgesetzt auf Seite 8



Workers Vanguard

Lexington, Massachusetts:
Im ganzen Land verurteilen Demonstranten Versuche, die Uhr der Bürgerrechte zurückzustellen, und betonen Verbindung zwischen Schwarzenrechten und Klassenkampf

Denny's...

Fortsetzung von Seite 7

antirassistischen Studenten verteilt. In der Bay Area wurden Studenten vom Spartacus Youth Club (Jugendklub der Spartacist League/U.S.) mobilisiert. Der internationale Sekretär der Hafnarbeitergewerkschaft ILWU erklärte: „Die Internationale Hafnarbeitergewerkschaft verachtet und rügt die Denny's-Restaurants für ihre rassistische Politik gegenüber schwarzen Amerikanern. Die ILWU ist der festen Meinung, daß ein Angriff auf einen ein Angriff auf alle ist.“

Von Küste zu Küste trugen Demonstranten Plakate wie „Denny's: schwarzenfeindlich, Latino-feindlich, schwulenfeindlich“ und „Jim-Crow-Rassismus, antigewerkschaftlicher Betrieb – Erbe der Sklavenhalter“. Auf einem Plakat stand die Losung „Rodney King zusammengeschlagen, Tä-

ter freigesprochen; Waco-Holocaust – es gibt keine Gerechtigkeit im kapitalistischen Amerika!“; die an den brutalen Bullenüberfall auf einen schwarzen Autofahrer in Los Angeles und an Clintons Ermordung von 86 Menschen in Texas erinnerte. Nach den erfolgreichen Demos gingen die Teilnehmer geschlossen in die Restaurants hinein, wo sie bedient wurden. „Du hast niemals schnellere, bessere Bedienung bei Denny's gesehen als an dem Tag, an dem wir es mit Streikposten umringt haben“, sagte ein Demosprecher.

Die Protestaktion erinnerte an die Kämpfe der Bürgerrechtsbewegung vor 30 Jahren, als militante Jugendliche spontane „Sit-ins“ (Besetzungen von Schnell-Imbissen) für die Integration bei Woolworth machten. Obwohl diese „Sit-Ins“ ursprünglich auf die Südstaaten begrenzt waren, wurden sie zu einer nationalen Kampagne durch die Führung der Zeitung *Young Socialist*, die mit der damals trotzkistischen Socialist Workers Party assoziiert war. Ein Teil dieser jungen Genossen bildete später den Kern unserer heutigen internationalen Organisation.

Don Alexander, ein schwarzer Trotzki, der 1990 eine Veranstaltungstour durch Deutschland machte (siehe *Spartakist* Nr. 74 und 75), sagte auf der Demonstration in der Bay Area:

„Wir in der Spartacist League haben gekämpft und kämpfen weiterhin dafür, dieses böartige rassistische kapitalistische System zu zerschlagen, das rassistische Unterdrückung erzeugt, wie verdorbenes Fleisch Maden hervorbringt, und in dem die Arbeiterklasse brutal ausgebeutet wird ... Warum müssen schwarze Menschen stets für die elementarsten demokratischen Rechte in den USA kämpfen? Warum sind Schwarze Ausgestoßene in der sogenannten ‚freien Welt‘ der barbarischen rassistischen und klassenmäßigen Unterdrückung? Weil wir in einer Demokratie für die Reichen leben; und der Bürgerkrieg von 1861–1865 wurde nie zu Ende geführt ... Eine dritte amerikanische Revolution ist notwendig – eine Arbeiterrevolution –, um den Bürgerkrieg durch die Zerschlagung der kapitalistischen Herrschaft und den Aufbau eines revolutionären Arbeiterstaats zu Ende zu führen, der Rassismus und Klassenausbeutung bis auf die Wurzel vernichten wird.“ ■

NEU!

Spartakist- Extrablatt Nr. 2

(in türkischer Sprache)

Inhalt:

- Sovyet İşçi Devleti Nasıl Boğazlandı
- PKK, NATO'nun Adami Kürt Katili Özal'a Barış Elini Uzatıyor
- Dördüncü Reich Terörünü Ezmek İçin İşçi/Göçmen Seferberliğine İleri!

16 Seiten, DM 0,50

Bestellt bei: SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60





Workers Vanguard

San Jose (USA), 17. Juli: Militante Verteidigung der Klinik gegen Terror der „Lebensschützer“. Spartacist-Plakat: Nieder mit „Jugendschutz“-gesetzen – Abtreibungsrechte für Teenager!

Abtreibungsrecht...

Fortsetzung von Seite 1

kapitalistischen Elends. Wir kämpften konsequent gegen die Konterrevolution auf der ganzen Linie, von der DDR bis Polen und Sowjetunion, und für den Aufbau revolutionärer leninistisch-trozkistischer Parteien.

Der Ansturm auf das Abtreibungsrecht ist, auch über Europa hinaus, ein Brennpunkt im Kampf zwischen sozialem Fortschritt und sozialer Reaktion. Nicht nur die alten sozialdemokratischen Parteien, auch die ehemals stalinistischen Organisationen und ihre „linken“ Anhängsel haben sich erneut als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus erwiesen und Mobilisierungen zur Verteidigung von Frauenrechten, darunter das entscheidende demokratische Recht auf eine sichere und kostenlose Abtreibung, sabotiert.

Mit der reaktionären Kampagne gegen die Abtreibung soll die Familie als Grundpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft gestärkt werden, die die Wurzel der besonderen Unterdrückung der Frauen ist. Die Frau in der Familie, die „Proletarierin des Proletariats“, ist kostenlose Babysitterin, Krankenschwester und Altenpflegerin, Köchin und Putzfrau in einem. Kommunisten kämpfen dafür, daß die Frauen die Last des Haushalts und der Kindererziehung auf qualifizierte gesellschaftliche Einrichtungen übertragen können. Die Oktoberrevolution ermöglichte es 1917 der jungen Sowjetunion, erste Schritte in diese Richtung zu unternehmen. *Nur die sozialistische Revolution kann die Befreiung der Frauen erkämpfen und die Basis für eine Gesellschaft der Gleichheit und des Überflusses schaffen.*

Ein integraler und strategischer Bestandteil unserer Perspektive als Trozlisten ist es, die Massen der Frauen für die proletarische, revolutionäre Avantgardepartei und den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen. Wie Clara Zetkin 1921 sagte: „Ohne Eroberung der politischen Macht, ohne Aufrichtung der Rätediktatur kein kommunistischer Aufbau, keine Befreiung, keine Gleichberechtigung der Frauen. Aber ... ohne Mitarbeit, ohne den Mitkampf der Frauen keine Eroberung der politischen Macht, kein kommunistischer Aufbau.“ Genau in dieser Tradition intervenieren wir in die Kämpfe zur Verteidigung von Frauenrechten.

Polen: Verteidigung der Rechte der Frauen ist zentral!

In unserem Artikel „Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf den Frauen herum“ (*Spartakist* Nr. 104 und 105) schrieben wir: „Nichts zeigt den reaktionären Charak-

ter der kapitalistischen Konterrevolutionen, die über Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion hinweggefegt sind, deutlicher als die Erniedrigung der Frauen. Die rechtsgerichteten Nationalisten, die jetzt an der Macht sind, glauben, daß Frauen am Arbeitsplatz eine kommunistische Verschwörung sind zur Unterminierung der traditionellen Familie und daß ihr rechtmäßiger Platz zu Hause ist zum Kinderkriegen.“

In Polen hat die katholische Kirche ihren Würgegriff verstärkt; zusammen mit Walesas Solidarność hat sie im Frühjahr eines der drakonischsten Abtreibungsgesetze Europas im Sejm durchgerammt, das 97–98 Prozent aller Abtreibungen kriminalisiert und für Frauen Versklavung, Elend und Brutalisierung heißt. Das Abtreibungsgesetz geht einher mit der Zerstörung des Gesundheitswesens für die gesamte arbeitende Bevölkerung. „Freie Marktwirtschaft“ heißt Mangel an Ärzten und Zahnärzten bei den staatlichen Kliniken. Medikamente und Behandlung werden für immer mehr Menschen unbezahlbar, während die Qualität der Versorgung immer weiter sinkt.

1990 wurde in den Schulen wieder Religionsunterricht eingeführt, und Priester mobilisieren sogar Achtjährige gegen ihre Mütter mit Unterschriftensammlungen gegen Abtreibung. Viele polnische Frauen wurden schon gefragt: „Mami, willst du wirklich meine kleine Schwester töten?“ Dies erinnert daran, wie die Hitler-Jugend eingesetzt wurde, um die „illoyalen Gedanken“ ihrer Eltern auszuspionieren. Warschau arbeitet an einem „Sexualkunde-Lehrplan“. Darin kommen Verhütungsmittel überhaupt nicht vor, doch es heißt, Frauen sollen „ihr kokett-provokantes Benehmen bremsen“ (*Frankfurter Rundschau*, 19. März), angeblich, um die Abtreibungsstatistiken zu drücken!

Laut Meinungsumfragen sind über 60 Prozent der Bevölkerung gegen das Abtreibungsgesetz; weniger als 10 Prozent sind für ein Abtreibungsverbot. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gibt es eine starke antiklerikale Strömung in Polen, besonders unter Frauen. Vor dem Sejm 1990 z. B. trugen Frauen Plakate wie „Hinein nach Europa über Iran“, eine bitter ironische Anspielung auf die mörderische Unterdrückung der Frauen im islamischen „Gottesstaat“. Unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski intervenieren in die Kämpfe zur Verteidigung der Frauen und kämpfen dafür, die Pfaffen raus aus den Schulen, aus dem Schlafzimmer und aus dem Gesundheitswesen zu werfen.

In manchen Gebieten ist die Hälfte der Arbeiterschaft arbeitslos. Die Inflation, jetzt bei 40 Prozent, läuft den

Fortgesetzt auf Seite 10

Abtreibungsrecht...

Fortsetzung von Seite 9

Löhnen davon; viele Arbeitslose und Rentner müssen die Mülltonnen durchstöbern, um etwas zu essen zu finden. Fast ununterbrochene Streikwellen haben Polen erschüttert, wo die Arbeiter gegen die mörderische „Schockbehandlung“ von Walesa & Co. und IWF zurückschlagen. Die Brutalität der kapitalistischen Konterrevolution hat die polnische Arbeiterklasse in offene Opposition zur Walesa-Regierung getrieben. Der Schlüssel, um diese erbitterten Kämpfe zu gewinnen, ist die Schmiedung einer revolutionären Führung, die die Verteidigung der Frauen und der Immigranten mit dem Widerstand der Arbeiter verbindet und zur proletarischen Machtergreifung führt. Diese Führung wird nur im kompromißlosen Kampf gegen jede Form von Nationalismus und Antisemitismus aufgebaut werden.

Die meisten „linken“ Organisationen haben die von CIA/SPD/Vatikan unterstützte Solidarność hochgejubelt und fast geschlossen die Konterrevolution von Ostberlin bis Moskau begrüßt, die die klerikale Reaktion an die Macht gebracht hat. Die Spartakisten kämpften international unbittlich für die Verteidigung des polnischen deformierten Arbeiterstaats gegen kapitalistische Restauration und forderten nach der Konsolidierung von Solidarność um ein antisozialistisches Programm 1981: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność!“ Wir verteidigten die Aktion der Jaruzelski-Bürokratie, Solidarność' konterrevolutionären Griff nach der Macht zu stoppen. Gleichzeitig riefen wir zu einer proletarisch-politischen Revolution auf, um die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen, die die Kirche beschwichtigte und ihr so erlaubt hat, eine effektive Kraft der Konterrevolution zu werden.

Jetzt haben die Ex-Stalinsten der Sozialdemokratischen Partei ihre Politik voll auf die kapitalistische Marktwirtschaft eingestimmt, beim Kampf gegen das reaktionäre Abtreibungsgesetz forderten sie nicht einmal das Recht auf Abtreibung. Unsere Genossen der Spartakusowska Grupa Polski kämpfen dagegen auf der Grundlage unserer kompromißlosen Opposition gegen die Konterrevolution dafür, die internationalistische Tradition der polnischen Arbeiterklasse wiederzubeleben und eine leninistisch-trozkistische

Partei zu schmieden, um im Kampf gegen das wackelige kapitalistische Regime die Arbeiterklasse zur sozialistischen Revolution zu führen. Für die revolutionäre Einheit der sowjetischen, polnischen und deutschen Arbeiter!

Deutschland: Arbeiter in Ost und West – Verteidigt Immigranten und Frauen!

Während die rassistische Allparteienkoalition in Bonn das Asylrecht vernichtet hat und die Grenzen des Vierten Reichs verbarrikadiert, führen ihre faschistischen „irregulären“ Truppen Bonns „Ausländer-raus“-Politik blutig durch. Drei Tage vor den Morden in Solingen erklärten die Karlsruher Verfassungsrichter die Abtreibung für „rechtswidrig“; unter drakonischen, willkürlichen Auflagen inkl. Zwangs-„beratung“ soll sie „straffrei“ bleiben. Diese „Übergangsregelung“ soll so lange gelten, bis die Bonner Räuberhöhle ein neues Gesetz zusammenbastelt.

Das Programm des Vierten Reichs für Frauen geht zurück auf Hitlers „Kinder, Küche, Kirche“. Die Faschisten machen die Verbindung zwischen Frauenunterdrückung und rassistischem Terror deutlich. „Jede Abtreibung eines gesunden Kindes macht einen Platz für einen Ausländer frei“, heißt es in der faschistischen Zeitschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*. Für die Arbeiterbewegung ist es eine Frage von Leben und Tod: Der Kampf gegen ökonomischen und sozialen Kahlschlag ist verbunden mit dem Kampf gegen die Faschisten!

Was dieses verschärfte Abtreibungsgesetz für Frauen heißt, sieht man nicht nur in Bayern, wo es schon lange Zwangsberatung gibt und Abtreibungen praktisch unmöglich sind, sondern besonders drastisch in der Ex-DDR. Gegenwärtig sind nur noch 18 von ehemals 31 Kliniken in Thüringen bereit, Abtreibungen durchzuführen; von 250 niedergelassenen Frauenärzten sind es jetzt nur noch zehn. „Wir wollen nicht die straffreien Rechtsbrecher sein“, zitiert die *tageszeitung* (25. August) einen Arzt in Weimar. Genau das, was hier passiert, will die Regierung. Abtreibung soll aus den öffentlichen Einrichtungen abgedrängt werden in Privatkliniken und -praxen mit Barzahlung vorab – die es aber im Osten nicht gibt. Die antikommunistische Hexenjagd tut ein übriges dazu, qualifiziertes Pflegepersonal zu vertreiben und die Bevölkerung einzuschüchtern.

In der DDR bestand die Familie zwar weiter und wurde sogar von der Bürokratie als „Keimzelle des Sozialismus“ hochgejubelt, als Teil des stalinistischen Dogmas vom „Sozialismus in einem Land“; Frauen, die überwiegend im Produktionsprozeß integriert waren, mußten meist im Haushalt auch noch eine „zweite Schicht“ bewältigen. Trotzdem waren die Errungenschaften eines Arbeiterstaates, die Frauen in der DDR genossen, einzigartig in Europa. Seit der Konterrevolution ist ihre Lage, in die sie gezwungen werden, mit am schlechtesten. Ostdeutsche Frauen sind en masse aus den Betrieben geflogen, viele sind heute auf Sozialhilfe angewiesen, der soziale Abstieg für viele weitere ist vorprogrammiert. Ostdeutsche Frauen haben auf den beispiellosen Abbau ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage de facto mit einer Art Gebärstreik reagiert. Die überwiegende Mehrheit der Frauen, die abtrei-



Janek Skarzynski/AFP

Warschau, April 1991: Bullen knüppeln Jugendliche nieder, die fordern: „Nein zum Religionsunterricht“

ben, befinden sich in ökonomischer Not. Geburten sind um 60 Prozent gesunken, ein doppelt so großer Rückgang wie mitten im Zweiten Weltkrieg!

In Westdeutschland waren und sind die Frauen am unteren Ende der Skala von Westeuropa. Jetzt soll auch das Abtreibungsrecht ganz unten sein, durchgesetzt durch Angst und Willkür, aufgezwungen durch die Inquisitoren in schwarzen Roben und ihre Staatsanwälte. Das Karlsruher Urteil treibt einen weiteren Keil in die Gesundheitsversorgung der arbeitenden Bevölkerung. Es unterstreicht die Realität der Zwei-Klassen-Medizin. Für arme, eingewanderte, arbeitende Frauen bedeutet der „Übergang“ zum „neuen“ Paragraphen 218 unsägliches Leiden. In weiten Teilen der Ex-DDR gibt es noch nicht einmal „Beratungs“stellen; man jagt von Stadt zu Stadt. Niemand weiß, wie es weitergehen soll. Die Frauen werden schikaniert, gedemütigt, beleidigt und zum Schluß geschöpft. Die Wut und Empörung der Frauen hätte besonders in Verbindung mit den Stahl- und Metallstreiks im Frühjahr zu einer machtvollen gewerkschaftlichen Mobilisierung gegen die Paragraphen 218/219 werden können, um diese Schandparagraphen auf den Müllhaufen der Geschichte zu fegen! Statt dessen sorgten die sozialdemokratische DGB-Führung und die PDS dafür, daß die Proteste erbärmlich isoliert und klein waren.

Seit dem Anschluß ist die Frage der Abtreibung so heiß, daß sie jede Partei gespalten hat. Auch vielen sozialdemokratisch orientierten Frauen und Männern brannte es unter den Nägeln, einen wirklichen Kampf gegen 218 anzufangen. Aber die Spitzen der SPD und Grünen bastelten an ihrem Bonner „Kompromiß“, der Karlsruhe den Weg bereitete. Sie haben das Märchen der klerikalen Reaktion, „Abtreibung ist Mord“, nie in Frage gestellt, teilweise stimmen sie damit sogar explizit überein. Jetzt überschlagen sich die SPD, die die Speerspitze der Konterrevolution war, und die PDS, die die DDR ausverkauft hat und damit der Konterrevolution den Weg bereitete, um über „Frauenkassen“ für „sozial Schwache“ Almosen zu sammeln. Für die Massenverelendung der Frauen tragen sie aber die Hauptverantwortung.

Jetzt wollen die PDS-Spitzen ihren eigenen Bankrott auf die ostdeutschen Frauen abwälzen; die 218-Pleite wäre ja deren Schuld gewesen, weil „sie“ nicht eher auf die Straße gegangen sind. Weiterlich stellt Ursula Fischer (PDS-Fraktion im Bundestag) im *Neuen Deutschland* (29./30. Mai) fest: „Frauen (und Männer) in den neuen Bundesländern wurden nicht nur mit dem § 218 konfrontiert, sondern mit der Umstellung ihres gesamten Lebens.“ Zuerst hat die PDS die „Umstellung“, spricht kapitalistische Wiedervereinigung, in rosigen Farben gemalt, und jetzt sorgt sie dafür, daß die Arbeiter an den Kapitalismus gefesselt werden. Es war gerade die Strategie der PDS-Spitzen, trotz der Lippenbekenntnisse zu „Weg mit § 218“, alle Proteste auf das Parlament zu orientieren. Gysi und die PDS-Fraktion marschierten in den Bundestag mit ... Luftballons gegen 218, die wohl platzten, als die Fraktion sich bei der Abstimmung spaltete. Als getreuer Anhänger des „kleineren Übels“ stimmte auch Gysi letztlich für den „Parteienkompromiß“. Zuvor hatte er die reaktionäre Forderung aufgestellt, daß sich alle männlichen Abgeordneten bei der Abstimmung enthalten! „Wieblauäugig und naiv!“, stellt selbst Dagmar Enkelmann händeringend im *Neuen Deutschland* fest: „Wir [sic!] saßen wie die Kaninchen vor der Schlange und warteten in Ruhe ab, was die Herren in Karlsruhe entscheiden werden.“

Karlsruhe hat entschieden, und damit gaben sie auch den klerikalen Reaktionären und deren faschistischen Verbündeten grünes Licht. Die *Zeit* berichtete am 16. Juni, daß Christen regelmäßig Provokationen vor einer Klinik im Odenwald mit Plakaten und religiöser Musik abhalten. Wohin dies führt, zeigte sich auf dramatische Weise in den USA, wo letzten März in Florida ein fanatischer ultrarech-



Massenproteste gegen Paragraph 218 in den 70er Jahren – von der SPD verraten. Harter Klassenkampf kann den Schandparagraphen kippen. Der Schlüssel ist revolutionäre Führung

ter „Lebensschützer“ den Arzt Dr. David Gunn ermordete. Dr. Gunn trat ergeben für die Rechte der Frauen ein; er fuhr regelmäßig stundenlang zu sechs Kliniken in den amerikanischen Südstaaten, um Frauen mit Abtreibung zu versorgen, die sonst nichts gehabt hätten.

Abtreibung, eine einfache medizinische Prozedur, ist ein integraler Bestandteil einer vernünftigen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Aber die sehr sichere „Abtreibungspille“ RU 486, in Frankreich von einer Pharmatochter der Hoechst AG entwickelt, ist im deutschen Vaterland verboten. Eine Sterilisation wird jedoch von der Kasse bezahlt, und nach dem Anschluß wurden viele ostdeutsche Frauen dazu gezwungen, wenn sie einen Job haben wollten. Gleichzeitig radierten die „Lebensschützer“ und Kapitalisten die allgemein verfügbare Kinderversorgung und Kinderkliniken der ehemaligen DDR aus.

Heute ist die ÖTV die größte Frauenorganisation Deutschlands, und die DGB/SPD-Bürokraten wie ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies reißen gegen 218 das Maul auf. Doch sie würden lieber sterben, als ihre Basis zu mobilisieren. Im Mai 1992 verpaßten die Arbeiter im öffentlichen Dienst im Westen Kohl & Co. eine Ohrfeige. Sie hätten noch mehr gemacht, aber die Sozialdemokraten – die 1923, 1974 und 1992 die Massenmobilisierungen gegen 218/219 verrieten – würgten den Streik ab. Die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist enorm, sogar verglichen mit der Gier der Bosse und ihrer goldgierigen Medizinmanager. Diese Macht muß nur eingesetzt werden. In der Weimarer Republik kämpften die KPD und militante Arbeiter für die *ersatzlose Streichung* von 218/219. In dieser Tradition kämpfen wir Trotzlisten dafür, daß die organisierte Arbeiterbewegung diese sozialen Fragen zu ihrer eigenen macht und sie mit dem Klassenkampf verbindet! Und das bedeutet einen Kampf gegen das kapitalistische System selbst. Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! ■

Was hinter dem Krieg auf dem Balkan steckt: Imperialistische Scheinheiligkeit, kapitalistische Konterrevolution



Historische
Stadt Dubrovnik
unter Beschuß
im grausamen
nationalistischen
Krieg zwischen
Serben und Kroaten

Der Spiegel

„Ethnische Säuberungen“ und nationalistische Kriege

Zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert drohen mörderische Balkankriege zu einer europaweiten Feuersbrunst zu explodieren, die auch die imperialistischen Mächte einbezieht. Die Konterrevolution hat eine Orgie von nationalistischem Blutvergießen entfesselt. Die kapitalistischen Medien

Teil eins von zwei

und Regierungen des Westens haben eine permanente Propagandaflut in Gang gesetzt, in der Serben „ethnische Säuberungen“ vorgeworfen werden, um die öffentliche Meinung auf militärische Interventionen vorzubereiten. Dies hat bei Liberalen und Sozialdemokraten erhebliche Auswirkungen gehabt, viele Veteranen früherer „Friedens“bewegungen treten inzwischen begeistert dafür ein, Truppen einzusetzen. Doch während die Imperialisten noch schwanken und zögern, sich Hals über Kopf in den jugoslawischen Morast zu stürzen, geben sie jetzt zu, daß es auf allen Seiten immer wieder zu unbeschreiblichen Grausamkeiten kommt.

Die nationalistischen Kriege, die durch die Zerstörung der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien entfesselt wurden, gehen nun ins dritte Jahr. Angefangen mit dem Abzug der Bundesarmee aus dem im Nordwesten gelegenen Slowenien, nachdem es im Juli 1991 einige Tage lang zu kleineren Gefechten gekommen war, führte die Kampagne, kapitalistische Nationalstaaten zusammenzuschmieden, schon bald zu kommunalistischen Blutbädern, als große Gebiete, die von der serbischen Minderheit dominiert wurden, versuchten, sich vom kroatischen Staat loszureißen, den der faschistoide Machthaber Franjo Tudjman ausgerufen hatte. Nachdem die Kämpfe in Kroatien zu

einem Patt geführt hatten, löste die Unabhängigkeitserklärung der von Moslems beherrschten bosnischen Regierung einen brutalen dreiseitigen kommunalistischen Krieg von Serben, Kroaten und Moslems aus, der die Region Bosnien-Herzegowina seit 15 Monaten verwüstet. Wie in Kroatien war auch hier der deutsche Imperialismus eine treibende Kraft zur Zerstückelung Jugoslawiens.

Monatelang haben die Vereinten Nationen versucht, den sogenannten „Vance-Owen-Plan“ durchzudrücken, der ein „multi-ethnisches“ Bosnien vorsieht, das in ethnische „Kantone“ aufgeteilt ist. Aber diese diplomatischen Manöver brachen angesichts der militärischen Unnachgiebigkeit der Serben zusammen. Am 16. Juni verkündeten Kroatiens Tudjman und der serbische Machthaber Slobodan Milosevic, daß sie sich einig geworden sind über eine Aufteilung Bosniens in drei nur noch dem Namen nach föderierte Staaten der Serben, der Kroaten und der Moslems. Der Plan wurde sofort von Bosniens moslemischem Präsidenten Alijah Izetbegovic, einem Hardliner, zurückgewiesen, aber die europäischen Mächte, die UN-Unterhändler und US-Präsident Clinton setzen sich massiv für seine Annahme ein. Westliche Linke ziehen gegen die „Belohnung von ethnischen Säuberungen“ zu Felde. Aber ihre Lösung, ein „multi-ethnisches“ kapitalistisches Bosnien, ist auch nicht demokratischer, weil es den Kroaten und Serben, die hinreichend gezeigt haben, daß sie nicht im selben Staat wie die Moslems oder die jeweils anderen leben wollen, das Recht auf Selbstbestimmung verweigern würde.

Seit Monaten konzentrieren sich die westlichen Medien auf serbische Kriegsverbrechen und verschließen ihre Augen vor Greuelthaten, die von Kroaten oder bosnischen Moslems begangen werden. Belgrads nationalistischer Führer Milosevic, dessen Feldzug für ein Großserbien das Aus-

einanderbrechen des jugoslawischen deformierten Arbeiterstaates eingeleitet hat, wird als ein neuer Hitler hingestellt. (Selten wird erwähnt, daß die serbische Opposition, die von Vuc Draskovic geführt wird, nicht weniger nationalistisch ist, so identifiziert sie sich mit den serbischen „Tschetnik“-Mörderbanden aus dem Zweiten Weltkrieg.) Doch als die USA davor zurückschreckten, Truppen nach Bosnien zu schicken, entdeckte die Presse plötzlich kroatische „Todeschwadronen“, die moslemische Dörfer ausradierten, und brachten mit Verspätung auch Berichte über moslemische Einheiten, die im letzten Frühjahr ihre kroatischen Gefangenen zu Tode gefoltert haben und die jetzt Tausende von kroatischen Dorfbewohnern aus ihren Häusern in Zentralbosnien vertreiben.

Und dann, gerade als über den bosnischen Teilungsplan berichtet worden ist, findet es die *New York Times* (17. Juni) angebracht zu drucken, daß *genau dieser Plan* am 18. März 1992 in Lissabon angenommen wurde, als die Führer der bosnischen Moslems, Serben und Kroaten „der Aufteilung der Republik in drei ethnisch abgegrenzte Kantone zustimmten“. Der Plan wurde jedoch auf Drängen der westlichen Mächte hin von den Führern der bosnischen Moslems *zurückgewiesen*:

„Nach seiner Rückkehr nach Sarajevo wurde Herr Izetbegovic von Diplomaten der USA und der Europäischen Gemeinschaft ermutigt, statt dessen ein souveränes Bosnien-Herzegowina unter seiner Präsidentschaft zu wählen; sie sagten, das Referendum vom 1. März über die Unabhängigkeit rechtfertige dies. Das Problem mit diesem Referendum war, daß zwar die bosnischen Moslems und Kroaten es mit großer Mehrheit unterstützten, aber die bosnischen Serben es boykottierten und davor warnen, daß dies das Vorspiel zu einem Bürgerkrieg sei.

Nachdem die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten am 6. und 7. April 1992 die Regierung Izetbegovic anerkannt hatten, griffen die bosnischen Serben an.“

Daß diese grundlegenden Fakten in den letzten eineinviertel Jahren nicht erwähnt worden sind, ist ein Musterbeispiel dafür, wie die „freie, aber verantwortungsbewußte“ Presse von den Imperialisten für ihre Kriegsziele manipuliert wird.

Die soziale Konterrevolution hat auf dem Balkan wieder zu einem Ausbruch von nationalistischem Haß geführt, und die kommunalistischen kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien könnten der Zündfunke sein, der zum Flächenbrand eines allgemeinen Krieges führt, wenn sie sich weiterhin so unerbittlich ausweiten. Bei Clintons Amtsantritt bezeichnete er Bosnien als Testfall für die Fähigkeit der USA, in der „Neuen Weltordnung“ ihren Willen durchzusetzen. Das Zögern Washingtons, mit Bodentruppen einzugreifen, ist Ausdruck der Tatsache, daß eine massive Einmischung in diesem Pulverfaß von explosiven kommunalistischen Spannungen vermutlich nicht so leicht sein wird, wie das Lager eines Kriegsherren in Somalia in die Luft zu jagen oder mit Panzern durch eine Wüste in Kuwait zu rollen. Aber nur weil eine imperialistische Militärintervention wahrscheinlich ins Auge gehen würde, heißt das noch lange nicht, daß die atomar bewaffneten Verrückten, die in diesem irrationalen System die Macht haben, es nicht tun werden.

Marxisten beziehen keine Seite bei diesem scheußlichen nationalistisch/kommunistischen Abschlachten, das sowohl Ergebnis als auch treibende Kraft der Kon-

terrevolution in der ehemaligen jugoslawischen (südslawischen) Föderation ist. Aber eine imperialistische Militäraktion gegen die Serben würde den Charakter des Krieges grundlegend ändern. Schon jetzt sind in Kroatien und Bosnien mehr als 25 000 „friedenserhaltende“ Soldaten unter UN-Schirmherrschaft stationiert, der Sicherheitsrat hat seine Zustimmung zu Luftangriffen auf serbische Stellungen gegeben, und jetzt haben die USA rund 300 Mann nach Makedonien an Serbiens Südgrenze verlegt. Dies ist eine unmißverständliche Kriegsdrohung, ein Stolperdraht für das Eingreifen erheblich größerer amerikanischer Kräfte: Wie würde es Clinton gefallen, wenn feindliche „UN“-Truppen entlang der mexikanischen Grenze stationiert würden?

Sollten die jetzigen Kämpfe in Bosnien sich auf Kosovo oder Makedonien ausweiten, könnte das zum Eingreifen Albanien führen, das sich als Schutzmacht der albanischen Mehrheit im Kosovo sieht, und zum Eingreifen Bulgariens und Griechenlands, die beide Anspruch auf Makedonien erheben. Inzwischen wirft Griechenland Zehntausende albanischer Arbeiter aus dem Land, und Griechen in Südalbanien drohen mit Abspaltung. Ein militärisches Engagement amerikanischer und/oder europäischer Truppen würde den nationalen Haß zwischen den Balkanvölkern weiter anheizen, ihre Ausbeutung durch den Imperialismus noch verstärken und das Risiko beinhalten, daß es zum Ausbruch eines Krieges kommt, in dem die innerimperialistischen Konflikte in den Vordergrund treten. Wir sind gegen jede imperialistische Intervention, einschließlich des Embargos (nach dem Modell des Golfkrieges), dessen Ziel es ist, die Serben durch Aushungern zur Unterwerfung zu zwingen. Im Fall eines Krieges mit dem UN/NATO-Expeditionskorps, eine immer stärker werdende Gefahr, würden wir die Serben verteidigen und gleichzeitig die Arbeiterklasse im ganzen ehemaligen Jugoslawien dazu aufrufen, ihre bürgerlich-nationalistischen Führer zu stürzen in einem internationalistischen Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans!

Imperialistische Scheinheiligkeit und „Ethnische Säuberungen“

Eine kürzlich erschienene Sonderbeilage der *Neuen Zürcher Zeitung* (21. Mai), des Hausorgans der Schweizer Bankiers, über „neuen Nationalismus“ fing an: „Ein Gespenst geht um in Europa: sein Name ist ‚Nationalismus‘.“ Die imperialistischen Finanziere, überzeugt davon, daß der Zusammenbruch des Stalinismus den Tod des Kommunismus signalisiert, sehen nationalistische Kriege als das

Fortgesetzt auf Seite 14



Christliche Armenier vertrieben moslemische Aseris aus Nagorny-Karabach: Evakuierung von Aseris aus ihrer Heimat in diesem Frühjahr

AP



Prentice/Hall

Palästinensische Araber aus Haifa fliehen im April 1948 vor zionistischem Terror (links). Israels Verbündete in Libanons rechter Christenmiliz massakrierten 1982 Hunderte Palästinenser in Flüchtlingslagern Sabra und Shatila



UPI

„Ethnische Säuberungen“ ...

Fortsetzung von Seite 13

unmittelbare Hindernis für ihre „friedliche“ Eroberung der osteuropäischen Märkte. Ein Essay über „Osteuropäische Spannungen“ macht dazu folgende Ausführungen:

„Das Zeitalter des Nationalismus liegt hinter uns. Und es liegt möglicherweise auch vor uns. Europa ist drauf und dran, die Hinterlassenschaft des Zweiten Weltkriegs erfolgreich abzutragen, dafür aber an der verhängnisvollen Altlast des Ersten Weltkriegs ein weiteres Mal zu scheitern. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien, zwei Staaten, deren Geburtsurkunden in den Pariser Friedensverträgen ausgestellt wurden, sind bereits zerbrochen. Das Abkommen von Trianon gerät zusehend in die Schusslinie ungarischer Nationalisten... Die Türkei etwa besinnt sich von Tag zu Tag mehr auf ihre ottomanische Vergangenheit.“

Seit Lenin haben Marxisten den Imperialismus als die Epoche des kapitalistischen Niedergangs charakterisiert. Der Essayist der NZZ erkennt an, wenn auch nur empirisch, daß der Lauf der historischen Entwicklung rückwärts geht, und schließt mit einem pessimistischen Zitat des österreichischen romantischen Dramatikers des 19. Jahrhunderts, Franz Grillparzer: „Der Weg der neuen Bildung geht – von der Humanität – durch die Nationalität – zur Bestialität.“

Die sich immer mehr ausweitende Orgie von nationalem Chauvinismus und kommunalistischem Gemetzel von Mitteleuropa bis zum Kaukasus gehört untrennbar zur kapitalistischen Restauration. Wie wir in unserer zweiteiligen Serie „Osteuropa: Nationalismus und Konterrevolution“ (Spartakist Nr. 95 und Nr. 96, Mai und Juni/Juli 1992) geschrieben haben: „Ohne die soziale Basis einer echten Bourgeoisie... ist aggressiver Nationalismus sowohl die treibende Kraft gewesen für eine Wiederherstellung des Kapitalismus in Osteuropa und in der Sowjetunion als auch ein Ergebnis des konterrevolutionären Feldzugs.“ Friedrich Engels bemerkte in seinem Aufsatz über „Die Rolle der Gewalt in der Geschichte“ (1887/88): „Seit dem Ausgang des Mittelalters arbeitet die Geschichte auf die Konstituierung Europas aus großen Nationalstaaten hin. Solche Staaten allein sind die normale politische Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums...“

Der bürgerliche Staat beruht darauf, daß er einer Na-

tion die vorherrschende Position garantiert und alle anderen Nationalitäten innerhalb seiner Grenzen unterdrückt. Außerdem kann in einem Land wie Jugoslawien, wo die verschiedenen Völker auf dem gleichen Gebiet eng zusammenleben, die Kampagne zur Konsolidierung homogener „Nationalstaaten“ nur durchgeführt werden, indem die rivalisierenden Nationalitäten, die ebenfalls um das umstrittene Territorium kämpfen, brutal verfolgt werden. Eine demokratische und allen Seiten gerecht werdende Lösung der miteinander in Konflikt stehenden nationalen Ansprüche auf dem Balkan kann nur erreicht werden unter der Herrschaft des Proletariats, der einzigen Klasse, die kein Interesse an der Durchsetzung und Ausweitung nationaler Ansprüche hat.

Was im ehemaligen Jugoslawien „ethnische Säuberungen“ genannt wird – kommunalistische Massaker und Zwangsvertreibungen – hat einen allgemeinen Aufschrei empörter Verurteilung durch die kapitalistischen Mächte der Welt hervorgerufen, die sich als fromme Verteidiger der Menschlichkeit gegen die barbarischen Serben aufspielen und die „ethnischen Säuberungen“ in Bosnien mit dem Nazi-Völkermord vergleichen.

- Ein Bericht der US-Regierung vom Januar erklärt, daß „von serbischen Truppen in Bosnien sogenannte ethnische Säuberungen in einem Ausmaß durchgeführt werden, das alles in den Schatten stellt, was Europa seit der Zeit der Nazis gesehen hat“.

- Der deutsche FDP-Außenminister Klaus Kinkel drohte grimmig damit, „Serbien in die Knie zu zwingen“ als Bestrafung für „ethnische Säuberungen“, während der Sprecher der oppositionellen Sozialdemokraten zu Jugoslawien, Freimut Duve (einer der Vorreiter für die Anerkennung Kroatiens, die das Auseinanderbrechen Jugoslawiens ausgelöst hat), es mit „Bildern von Hitler und Auschwitz“ verglich. Welche Chuzpe vom Vierten Reich!

- Israel verurteilte im letzten August in einer Erklärung vor der UNO „ethnische Säuberungen“ und Gefangenenlager in Bosnien und Herzegowina“ als „abscheulich und verachtenswert“ und verglich sie auch mit Hitlers Völkermord an den Juden.

Der grausige kommunalistische Krieg in Kroatien und Bosnien hat Zehntausende Todesopfer gefordert und mehrere Millionen obdachlos und zu Flüchtlingen gemacht. Aber dies gleichzusetzen mit dem Horror von Hitlers kalt-

blütiger und kalkulierter Vernichtung von sechs Millionen Juden sowie Hunderttausenden Roma und Sinti, Millionen Slawen und anderen, die zu „Untermenschen“ erklärt wurden, läuft auf eine Verharmlosung des Nazi-Völkermords hinaus. Was das Dritte Reich durchführte, war wirklicher *Völkermord*, ein Versuch, buchstäblich ganze Völker zu vernichten. Was auf dem Balkan passiert, sind nationalistische Kriege um Territorium, deren Ziel es ist, andere Nationalitäten eher rauszuwerfen („zu säubern“), als sie zu vernichten. Die grausigen Massenmorde sollen in diesem Fall die Bevölkerung so sehr terrorisieren, daß sie flieht. Und dies ist beileibe nicht einzigartig, sondern ist in diesem Jahrhundert immer wieder vorgekommen, oftmals in einem Ausmaß, das die grausamen Ereignisse in Bosnien noch weit übertraf.

Trotz ihres Geredes vom Völkermord haben die europäischen Mächte auf die Flüchtlingswelle so reagiert, daß sie ihre Grenzen dichtgemacht haben, während Faschisten Terror gegen Immigranten verbreiten. Auch dies hat es schon gegeben. In den 30er und 40er Jahren stellten die Imperialisten der USA und Europas Quoten auf, um die Einwanderung von osteuropäischen Juden möglichst niedrig zu halten – und prominente jüdische Führer in den USA waren *gegen* die Öffnung der Tore Amerikas für Flüchtlinge, die vor dem Nazi-Holocaust flohen. Zur gleichen Zeit organisierte der deutsche Imperialismus in dem von ihm beanspruchten „Hinterland“ massiv „ethnische Säuberungen“ mit einer Technologie, die den miteinander verfeindeten Bevölkerungsgruppen Südeuropas bei weitem nicht zur Verfügung steht. Und die USA haben die Atombombe auf Japan abgeworfen und damit in einem Augenblick Hunderttausende von Menschen umgebracht.

Der imperialistischen Scheinheiligkeit über „ethnische Säuberungen“ liegt die Tatsache zugrunde, daß das, was jetzt in Bosnien passiert, ein immer wieder auftretendes Phänomen in dieser Epoche des kapitalistischen Niedergangs ist, wo sich imperialistische Barbarei mit der Barbarei rückständiger kapitalistischer und vorkapitalistischer Gesellschaften überschneidet. Die Bildung der klassischen Nationalstaaten im Westeuropa des 17. und 18. Jahrhunderts war auch ein blutiger, langwieriger Prozeß. Aber sie war verbunden mit der Ausweitung des Handels, der Entwicklung des nationalen Marktes und dem Aufstieg der Bourgeoisie. Unter dem Imperialismus jedoch wird die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft und das Entstehen einer tatkräftigen Bourgeoisie durch imperialistische Ausbeutung und Vorherrschaft im Keim erstickt. Daher ist die nationale Konsolidierung im Rahmen des Kapitalismus reduziert worden auf ihre reine Komponente von kommunalistischen Brutalitäten zur Vertreibung oder Vernichtung von Minderheitsnationalitäten.

Das Erbe des imperialistischen „Teile und Herrsche“

Ein kürzlich erschienener Artikel von George Kennan („The Balkan Crisis: 1913 and 1993“, *New York Review of Books*, 15. Juli) weist hin auf „die vielen und deprimierenden Belege für eine Ähnlichkeit zwischen dem, was auf dem Balkan 1913 geschehen ist, und dem, was dort heute passiert“. Die Balkan-Kriege von 1912/13, die das Vorspiel zum Ersten Weltkrieg waren, wurden auf allen Seiten mit unbeschreiblicher Grausamkeit geführt. Bulgarien, Serbien,

Griechenland und Montenegro verjagten nicht nur das Osmanische Reich aus Europa, sie vertrieben auch mehr als 100 000 Türken. Als sie sich dann darüber zerstritten, wer Makedonien bekommt, den Hauptpreis für den Sieg über die Osmanen, wurden weitere Zehntausende aus ihren Häusern vertrieben: Bulgaren wurden aus Makedonien vertrieben durch die Griechen, Griechen aus Makedonien durch die Serben usw. Ein Artikel über „Racial Migrations in the Balkans“ [Bevölkerungsbewegungen ethnischer Gruppen auf dem Balkan] im *Geographical Journal* von 1925 listet sieben Fälle von Zwangsumsiedlungen in den Jahren 1912–14 auf.

Während das sterbende Osmanische Reich seine europäischen Gebiete verlor, konsolidierten inzwischen die „Jungtürken“ ihre Macht in Konstantinopel auf einem Programm des türkischen Nationalismus, was bedeutete, nationale Minderheiten loszuwerden und das Reich in einen homogenen türkischen Staat zu verwandeln. 1915 befahlen die Jungtürken die Deportation der armenischen Bevölkerung, die mit der türkischen Bevölkerung Ostanatoliens



Der Spiegel

Kroatische Ustascha massakrierte 1941–45 Hunderttausende Serben

genau das gleiche Gebiet bewohnte. In der Praxis entwickelten sich die Deportationen zu einer Orgie des Tötens, bei der Hunderttausende, vielleicht sogar bis zu anderthalb Millionen Armenier starben. Zuvor hatten die Armenier unter der Führung der nationalistischen Daschnak-Partei einen fehlgeschlagenen Feldzug für ein „Großarmenien“ gestartet. Das war, wie der Historiker Bernard Lewis es formulierte, „ein Kampf zwischen zwei Nationen um den Besitz eines einzigen Heimatlandes, der mit dem schrecklichen Holocaust von 1915 endete“ (*The Emergence of Modern Turkey* [Das Entstehen der modernen Türkei], 1968).

Die Jungtürken, unter der Führung von Mustafa Kemal Pascha (Atatürk), richteten sich dann gegen ihre griechische Bevölkerung, brannten 1919 die Küstenstadt Smyrna nieder und massakrierten Zehntausende (nachdem die Griechen zuvor die Stadt militärisch besetzt hatten und die türkische Bevölkerung durch eine Welle von Greuelthaten vertrieben hatten). An diesem Punkt griffen die siegreichen Imperialisten ein und *förderten* ein Programm von Massenumsiedlungen zwischen Griechenland, der Türkei und Bulgarien. Mehr als zwei Millionen Menschen wurden im Laufe der 20er Jahre zwischen Griechenland, Bulgarien und der Türkei „ausgetauscht“, aus ihren Häusern gerissen, ihres Eigentums beraubt und brutal hinausgeworfen – unter der

Fortgesetzt auf Seite 16

„Ethnische Säuberungen“...

Fortsetzung von Seite 15

Schirmherrschaft des Völkerbundes. Auf diese Weise wurde Bulgarien seine gesamte griechische Bevölkerung los, Griechenland wurde die Hälfte seiner Bulgaren los und fast alle seine Türken, und die Türkei wurde ihre Griechen los (übrig blieben die Kurden, die das Opfer ununterbrochener Kriegsführung seitens der türkischen Regierung sind).

Aber der Balkan und seine Nachbarländer sind beileibe nicht das einzige Gebiet, wo solche „ethnischen Säuberungen“ stattgefunden haben. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entfesselte die Teilung Indiens 1947 durch die britischen Imperialisten – die Kulmination von 350 Jahren kolonialen „Teilens und Herrschens“ – eines der gräßlichsten kommunalistischen Gemetzel und die vielleicht umfangreichste Zwangsumsiedlung der Geschichte. Durch die Durchschneidung von Provinzen, wo Moslems, Hindus und andere religiöse Gruppen genau das gleiche Gebiet bewohnten (Punjab und Bengalen), führte die Aufspaltung in ein zu 80 Prozent von Hindus dominiertes Indien und ein konfessionell islamisches Pakistan zum Abschachten von ein bis zwei Millionen Moslems, Sikhs und Hindus und zu erzwungenen Bevölkerungsbewegungen von mehr als elf Millionen Menschen. Gigantische Kolonnen von Hunderttausenden verängstigten Flüchtlingen, die vor dem Blutvergießen flohen, strömten in beiden Richtungen über die neuen Grenzen.

Eine Geschichte dieser Periode beschrieb das Gemetzel: „In Indien stürmten Sikhs und Hindus die Eisenbahnwaggons von überfallenen Zügen und schlachteten jeden beschnittenen Mann ab, den sie fanden. In Pakistan stürmten Moslems durch die Züge, die sie angehalten hatten, und ermordeten jeden Mann, der nicht beschnitten war“ (Larry Collins und Dominique Lapierre, *Freedom at Midnight* [Freiheit um Mitternacht], 1975).

Oder man schaue sich den Fall Südafrika an. Die Herrscher mit ihrer Ideologie der Vorherrschaft für Weiße versuchten nicht, die Schwarzen zu vernichten oder zu vertreiben, denn es war die gnadenlose Superausbeutung der schwarzen Arbeiter, die die Superprofite der Gold- und Diamantenmagnaten schuf. Aber der Nationalismus der Afrikaner wurde durch die schuld bewußte Furcht genährt, daß die schwarze Mehrheit die Bedingungen der Unterdrückung umkehren könnte. Die National-Partei kam 1948 mit einem Programm für Apartheid („Getrenntheit“) oder erzwungene Rassentrennung an die Macht, was die „Garantie einer nationalen Heimat für die Afrikaner-Nation“ versprach, indem alle Schwarzen in mehrere ethnisch gruppierte Regionen getrieben werden sollten (einschließlich der Territorien der damals britischen Protektorate Swasiland, Basutoland und Betschuanaland), die „Farbigen“ in eine getrennte „Farbigen-Nation“ gedrängt werden und die gesamte indische Bevölkerung nach Indien abgeschoben werden sollten.

Die Ideologen der Apartheid, zum großen Teil an deutschen Universitäten der 30er Jahre ausgebildet und stark beeinflusst von den rassistischen Tiraden der Nazis, gruppierten sich im Broederbond, dem Kern der nationalistischen Afrikanerbewegung. Sie träumten davon, Südafrika entlang rassistischer Linien auseinanderzureißen und es als eine Vielfalt von getrennten „Nationen“ wiederaufzubauen, wobei dem weißen Afrikaanertum seine eigene getrennte nationale Einheit garantiert würde mit seiner eigenständigen Kultur. Aber nachdem der Nationalisten-Führer D.F. Malan an die Macht gekommen war, mußte er der Tatsache ins Auge sehen, daß „unsere ganze wirtschaftliche Struktur in einem hohen Maße auf der Arbeit von Nichtweißen beruht“ und daß „territoriale Trennung das Resultat“ hätte,

„daß die Europäer ihre ganze Arbeit selber durchführen müßten“ (Brian Bunting, *The Rise of the South African Reich* [Der Aufstieg des südafrikanischen Reichs], 1986).

Als die Nationalisten an der Macht waren, führten sie riesige Umsiedlungen der schwarzen Bevölkerung durch und richteten die elenden Bantustans ein, um die Anwesenheit von Schwarzen in den Städten und den Gebieten für Weiße zu begrenzen und zu regulieren. Sie vertieften und verhärteten das bestehende System der strikten Rassentrennung durch eine Unzahl von rassistischen Gesetzen, deren Zweck die totale Kontrolle der schwarzen Arbeiterschaft war, um verstärkt Profite herauszupressen. Die südafrikanischen Schwarzen wurden zu Wanderarbeitern gemacht, von ihren Wohnungen fortgerissen, ihres Geburtsrechtes beraubt und zu Fremden im eigenen Land erklärt. „Unproduktive“ Schwarze – die Älteren, Frauen, Kinder, Behinderten und Arbeitslosen – wurden in die kargen Bantustans geworfen. Seit 1948 sind zwischen vier und acht Millionen Schwarze zwangsweise umgesiedelt worden – aus städtischen Gebieten vertrieben, vom Lande verjagt oder von einem elenden Township zum nächsten getrieben (Elaine Unterhalter, *Forced Removal* [Zwangsräumung], 1987).

Woanders in Afrika wurde die gesamte asiatische (größtenteils indische) Bevölkerung Ugandas, rund 50 000 Menschen, im Herbst 1972 durch den blutigen Diktator Idi Amin gewaltsam des Landes verwiesen. Die britischen Imperialisten hatten die Inder ursprünglich in den 1890er Jahren nach Ostafrika gebracht, um die ostafrikanische Eisenbahn zu bauen. Die Inder entwickelten sich zur vorherrschenden Kraft im Einzelhandel des Landes – wofür Amin sie als die „braunen Juden Ostafrikas“ angriff. Die Vertreibung der Asiaten löste eine Orgie des Plünderns von ihren Geschäften, Häusern und ihrem sonstigen Eigentum aus, durchgeführt durch ein aufstrebendes schwarzes Kleinbürgertum, das sich aus Armeeeoffizieren und ihren Kumpeln zusammensetzte. Wie wir über Amins Vertreibung der Asiaten und seine Massaker an rivalisierenden Stämmen schrieben: „Nationalismus an der Macht, selbst der Nationalismus eines früher unterdrückten Volkes, strebt danach, einen rassistisch homogenen Staat durch die brutalen Methoden des Aufbaus bürgerlicher Nationalstaaten zusammenzufügen: Zwangsassimilation, Vertreibung oder Völkermord von rassistischen und nationalen Minderheiten“ (*Workers Vanguard* Nr. 118, 16. Juli 1976).

Wenn verschiedene afrikanische oder andere Nationalisten der Dritten Welt in dieser Epoche den „Aufbau der Nation“ versuchen, werden sie von der Hinterlassenschaft und der fortgesetzten Vorherrschaft des Imperialismus blockiert. Leo Trotzki's Theorie und Programm der permanenten Revolution erklärte, daß in den kolonialen und neokolonialen Ländern die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, einschließlich der gerechten und demokratischen Lösung der nationalen Frage, nur unter der Diktatur des Proletariats erreicht werden kann, unter der Führung einer bolschewistischen Partei.

Rassismus und „ethnische Säuberungen“

Wenn man die imperialistische Presse liest, dann könnte man den Eindruck bekommen, daß „ethnische Säuberungen“ nur von rückständigen Stammesvölkern durchgeführt werden, denen es um „uralte Fehden“ und nationale Rivalitäten geht. In Wirklichkeit begleitet aber der Anstieg des Nationalismus die Ausbreitung des Kapitalismus, und Zwangsumsiedlungen werden von einigen der „zivilisiertesten“ Nationen durchgeführt. Vor kurzem, als die Sowjetunion auseinanderbrach, gab es im kapitalistischen Westen eine Menge Sympathien für die Sache der christlichen Armenier, die mit den moslemischen Aseris um die Kon-

trolle der Bergregion Nagorny-Karabach im Kaukasus kämpfen, eines der Gebiete der Welt, wo viele unterschiedliche Nationalitäten auf engstem Gebiet zusammenleben. Viel wurde berichtet über das gräßliche Pogrom gegen Armenier in Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans, aber fast nichts über die systematischen „ethnischen Säuberungen“ durch die Armenier.

Dieser Krieg brach 1988 aus, als Gorbatschows Perestrojka nationale Konflikte in den Grenzgebieten der Sowjetunion anfachte, wobei die wirtschaftlich fortgeschrittenen Gebiete der Logik des kapitalistischen Marktes folgten und versuchten, auf Kosten ihrer weniger entwickelten Nachbarn Vorteile herauszuschlagen. (In ähnlicher Weise waren die wirtschaftlich wohlhabenderen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien die Speerspitze beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens.) Ein Viertel der Bevölkerung der größtenteils armenischen Enklave Nagorny-Karabach, einer autonomen Region in Aserbaidschan, waren Aseris, aber sie sind jetzt vollständig vertrieben worden, wo beide Seiten einen grauenerregenden Krieg führen mit verbrannten Dörfern, Verstümmelungen und Massakern. Während der fünf Jahre dauernden Kämpfe sind in Armenien und Aserbaidschan mehr als eine halbe Million Menschen vertrieben worden.

Die Kämpfe sind beileibe nicht nur auf die umstrittene Enklave begrenzt. Im letzten April eroberten die Armenier einen breiten Gebietsstreifen, errichteten einen Nordkorridor nach Nagorny-Karabach, annektierten es praktisch damit, und vertrieben dabei Zehntausende von aserischen Dorfbewohnern aus ihren Häusern. Aber das Feuer der Armenier richtet sich nicht ausschließlich gegen die Aseris. Im Mai 1992 eröffneten die armenischen Truppen einen Südkorridor nach Nagorny-Karabach durch die Einnahme des Ortes Latschin. Nachdem Latschin von armenischen Truppen bis auf die Grundmauern niedergebrannt worden war, gab es, vergraben in den Presseberichten, eine kurze Erwähnung der Tatsache, daß dieser Ort das Zentrum der *kurdischen* Bevölkerung in dieser Region war. Jonathan Steele berichtete im Londoner *Guardian* (25. Mai 1992), der armenische Außenminister habe eine „außerordentliche Stellungnahme“ verbreitet, in der er „behauptete, daß Latschins ‚kurdische Bevölkerung‘ einverstanden war, den Korridor nach Armenien zu öffnen“. Wenn dies wahr wäre, bemerkte Steele, „wäre es zu erwarten gewesen, daß dort lebende Kurden die armenischen Befreier willkommen heißen. Es waren keine zu sehen.“

Dies ist aber wirklich nichts Außergewöhnliches. Genauso haben schon die israelischen Zionisten behauptet, daß 1948 die palästinensischen Araber ihre Heimat aus eigenem Antrieb verlassen hätten. In Wirklichkeit war dies ein klassischer Fall von „ethnischer Säuberung“ im großen Maßstab. Mit einem Feldzug von Massakern und Greueln, der die palästinensischen Araber terrorisieren und aus dem Land treiben sollte, entvölkerten die Zionisten rund 350 arabische Ortschaften und machten 700 000 Palästinenser durch Vertreibung zu Flüchtlingen. Der zionistische Führer Ben-Gurion nannte es „die Säuberung der arabischen Ansiedlungen“ (Benny Morris, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947–49* [Die Geburt des palästinensischen Flüchtlingsproblems, 1947–49], 1987).

Die UN-Resolution vom 29. November 1947 über die Teilung, wonach Palästina in einen jüdischen und einen palästinensischen arabischen Staat aufgeteilt werden sollte (die Zionisten, die nur 6 Prozent des Landes in Palästina besaßen, sollten rund 55 Prozent des Landes bekommen), war der Auslöser eines kommunalistischen Krieges zwischen dem arabischen und dem hebräischsprachigen Volk um die Kontrolle desselben Territoriums. Im Mai 1946, als die Briten sich aus Palästina zurückzogen, brach ein zweiter Krieg



Imperial War Museum, London

Mai 1944: Kommunistisch geführte jugoslawische Partisanen. Titos Kampf gegen die Nazis, der den Kapitalismus stürzte, schuf eine Grundlage für Einheit der Völker Jugoslawiens

zwischen Israel und den arabischen Staaten aus, der sich mit dem kommunalistischen Konflikt überlappte. Der Krieg zwischen den Zionisten und den arabischen Staaten war von einer Reihe von Treffen zwischen den Zionisten und der haschemitischen Monarchie Transjordanien vorbereitet worden, um sicherzustellen, daß die bedeutendste arabische Streitmacht, die Arabische Legion Transjordanien, sich nicht in den Gebieten einmischte, die die UNO den Zionisten zugesprochen hatte.

Bei dem kommunalistischen Krieg hatten die Zionisten von Anfang an einen überwältigenden militärischen Vorteil über die palästinensischen Araber. Die Briten hatten die Existenz der „offiziellen“ zionistischen Einheiten von Haganah und Palmach toleriert, sie sogar 1937 trainiert und bewaffnet, damit sie ihnen bei der Niederschlagung der arabischen Revolte von 1936–39 und wieder während des Zweiten Weltkriegs helfen konnten. Die arabischen Dorfmilizen hatten keine militärische Ausbildung und keine Wafenvorräte, die Unterstützung durch die Arabische Liga war nicht der Rede wert, denn auch sie war wie die Zionisten gegen die Schaffung eines palästinensischen arabischen Staates. Der zionistische militärische „Plan D“ (Plan Dalet), der umgesetzt wurde, als die Briten mit ihrem Abzug begannen, bedeutete grünes Licht für die Kommandeure im Feld, „ethnische Säuberungen“ im großen Stil durchzuführen. Im folgenden einige Schlüsselweisungen:

„Zerstörung von Ortschaften (in Brand setzen, Sprengung, Verminen der Ruinen), besonders jener Bevölkerungszentren, deren dauerhafte Kontrolle schwierig ist. Durchführung von Durchsuchungs- und Kontrolloperationen entsprechend folgender Richtlinien: Umzingeln der Ortschaft und Durchführung einer Durchsuchung im Ort. Im Fall von Widerstand müssen die bewaffneten Kräfte ausgelöscht und muß die Bevölkerung aus den Grenzen des Staates vertrieben werden.“ (*Journal of Palestine Studies* [Journal von Studien über Palästina], Herbst 1988)

Fortgesetzt auf Seite 18

„Ethnische Säuberungen“ ...

Fortsetzung von Seite 17

Die zionistischen Angriffe auf arabische Ortschaften waren sorgsam koordiniert mit Taktiken der „psychologischen Kriegsführung“, deren Ziel es war, unter der arabischen Bevölkerung Terror zu verbreiten. Bei Angriffen der Haganah wurden jedesmal Lautsprecherwagen eingesetzt, die, wie es ein israelischer Offizier beschrieb, „Horrorgeräusche“ verbreiteten – schrille Schreie, lautes Klagen, Sirenen und qualvolles Stöhnen arabischer Frauen –, unterbrochen von Schreien in arabischer Sprache: „Flieht um euer Leben! Die Juden setzen Giftgas ein!“ Sendungen von „Free Hebrew Radio“ brachten Drohungen auf Arabisch, daß Cholera, Typhus und andere Krankheiten „im April und Mai unter Arabern ausbrechen werden“ (Erskine Childers, „The Wordless Wish: From Citizens to Refugees“ [Der stumme Wunsch: Von Bürgern zu Flüchtlingen], in Ibrahim Abu-Lughod (Hrsg.), *The Transformation of Palestine* [Die Umwandlung Palästinas], 1971).

„Operation Passah-Säuberung“ (Bi'ur Hametz) nannte die Haganah ihre Kampagne im April 1948 zur Vertreibung der 70 000 arabischen Einwohner aus der Stadt Haifa, in der Juden und Araber zusammenlebten. Dieser Name bezieht sich auf die jüdische Tradition, alles aus Sauerteig gebackene Brot (Hametz), das sich im Haus befindet, am Vorabend des Passah-Festes zu verbrennen. Die Befehle, die das 22. Bataillon (die Carmeli-Brigade) erhielt, lauteten, „jeden [erwachsenen männlichen] Araber, der angetroffen wird, zu töten“ und „alle Gegenstände, die in Brand gesetzt werden können“, zu verbrennen. In einem Szenario, das mit dem heutigen Sarajevo vergleichbar ist, regnete es Geschosse der zionistischen Artillerie und der Scharfschützen vom Berg Carmel und von den Haifa-Anhöhen auf die in schreckliche Angst versetzten arabischen Bewohner. Während die Lautsprecher ihre schrillen „Horrorgeräusche“ ausspuckten und die Gebäude um sie herum bombardiert wurden, rannte die in Panik versetzte Bevölkerung in Richtung Hafengegend, wobei zahllose alte Männer, Frauen und Kinder zu Tode getrampelt oder vom Hagel des zionistischen Beschusses getroffen wurden.

Ein Artikel von Guy Erlich in der Tel Aviver Zeitung *Ha'ir* (6. Mai 1992) zitiert den ehemaligen Direktor des israelischen Armee-Archivs, Ariyeh Yitzhaki, der aufgrund seines einzigartigen Zugangs zu Regierungsdokumenten schätzt, daß die Israelis im Krieg von 1948 „mindestens 20 große Massaker“ an jeweils mehr als 50 Menschen begangen haben und rund 100 „kleine Massaker“. Yitzhaki fährt fort: „Für viele Israelis war es einfach, an der falschen Behauptung festzuhalten, daß die Araber das Land verließen, weil ihre Führer dies befohlen hätten. Das ist eine vollständige Lüge. Die grundlegende Ursache für die Flucht der Araber war ihre Furcht vor der Gewalt der Israelis, und diese Furcht hatte eine Grundlage in der Realität. Aus beinahe jedem Bericht, der über die Besetzung der arabischen Ortschaften in der Zeit von Mai bis Juli 1948, dem Höhepunkt der Konfrontationen mit der arabischen Landbevölkerung, in den Armee-Archiven erscheint, kommt der Gestank eines Massakers hoch.“

Für proletarischen Internationalismus!

„Ethnische Säuberungen“ sind ganz einfach die Umsetzung des Programms, das jedem Nationalismus innewohnt. Als Marxisten sind wir Gegner jeder Form von Nationalismus und kämpfen für proletarischen *Internationalismus*. In bezug auf den arabisch-israelischen Krieg von 1948 bedeutet das trotzkistische Programm, bei den Kämpfen zwischen den arabischen und zionistischen Armeen für revolutionären Defätismus einzutreten und für die Selbstverteidigung

von Ortschaften und Siedlungen, die unter Beschuß sind. Bei den ethnisch-nationalistischen Kriegen, die das ehemalige Jugoslawien zerstören, beziehen wir ebenso keine Seite. Aber der Sieg von Titos Partisanen nach dem Zweiten Weltkrieg zeigte, daß – trotz Jahrhunderten ethnischer Konflikte und der lebendigen Erinnerung an die jüngste Geschichte von kommunalistischen Massakern durch die kroatische Ustascha und die serbischen Tschetniks – die Einheit der südslawischen Völker und der anderen Einwohner Jugoslawiens möglich war, *auf der Basis proletarischer Staatsmacht*.

Titos Regime war jedoch ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, und die nationalistische Perspektive der stalinistischen Bürokratie, „Sozialismus in einem Land“, verhinderte, daß die nationale Frage vollständig gelöst werden konnte. Titos „Marktsozialismus“ verstärkte die krassen regionalen Ungleichheiten, zum Beispiel zwischen dem rückständigen Kosovo und dem vergleichsweise entwickelten Slowenien, was zum Anstieg nationalistischer Kräfte innerhalb der Bürokratie beitrug. Wie wir in der Zusammenfassung unserer zweiteiligen Reihe über „The National Question in Yugoslavia“ [Die nationale Frage in Jugoslawien] (*Workers Vanguard* Nr. 106 und 110, 23. April und 21. Mai 1976) schrieben:

„Der Bankrott des Titoismus und sein Versagen, die nationale Frage zu lösen, demonstrieren nur, daß die Stalinisten – aller Couleur – selbst unter jenen außergewöhnlichen Umständen, wo sie die Bourgeoisie gestürzt haben, unfähig sind, selbst demokratische revolutionäre Aufgaben vollständig zu lösen. Titos Schweigen zu Stalins Sabotage an der griechischen Revolution hat eine Viertelmillion oder mehr Makedonier unter kapitalistischer Unterdrückung gelassen. Mehr noch, die Unfähigkeit, irgend etwas anderes als einen isolierten *nationalistischen* Kampf gegen die Kreml-Vorherrschaft zu führen, bedeutete, daß der Bruch mit Moskau 1948 effektiv alle Hoffnungen auf eine Balkanföderation ad acta legte. Die aufgeteilten Bevölkerungen Albaniens und Makedoniens sind heute Spielbälle der innerbürokratischen Auseinandersetzungen zwischen Moskau, Peking und Belgrad.

Jetzt sind selbst die großen Errungenschaften der Jugoslawischen Revolution – der Umsturz der kapitalistischen Eigentumsformen und die Überwindung der blutigen nationalen Konflikte, die das bürgerliche Jugoslawien zugrunde richteten – bedroht, weil die Bürokratie zentrifugale Kräfte fördert (wenn auch größtenteils gegen ihren eigenen Willen). In Jugoslawien nehmen die Bedingungen für einen blutigen Bürgerkrieg mehr und mehr zu, und angesichts der regionalen wirtschaftlichen Unterschiede kann dieser sehr wohl die Form eines Kampfes für ‚nationale Befreiung‘ annehmen. Dies ist das Erbe des Titoismus, des Stalinismus ‚mit einem menschlichen Antlitz‘. Es ist ein Erbe, das die Werktätigen überwinden müssen, indem sie eine trotzkistische Avantgardepartei aufbauen, die fähig ist, eine politische proletarische Revolution durchzuführen, um die Tito-Bürokratie zu stürzen und dadurch die Bedingungen für die internationale Ausweitung der Revolution zu schaffen.“

Mit dem blutigen Untergang des jugoslawischen deformierten Arbeiterstaates müssen wirkliche Kommunisten für eine sozialistische Revolution gegen alle kapitalistischen Regime kämpfen, auf der Basis eines internationalistischen Programms für eine Sozialistische Föderation des Balkans im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 580, 16. Juli
[FORTSETZUNG FOLGT]

D-Mark...

Fortsetzung von Seite 2

Abwertung ihrer Währungen verändern. Multinationale Konzerne und Banken werden sehr auf der Hut sein, in solchen Ländern zu operieren, wo der reale Wert ihrer Profite von Jahr zu Jahr, ja sogar von Monat zu Monat wild schwanken kann. Das hochgelobte Projekt eines „Gemeinsamen Marktes“ in der Europäischen Gemeinschaft liegt jetzt in Scherben.

Auf politischem Gebiet signalisiert der Fall des „starken Franc“ zunehmende und offen ausgetragene Konflikte zwischen dem französischen und dem deutschen Kapitalismus, Konflikte, die bis zu einem gewissen Grad während des Kalten Krieges unterdrückt und überspielt wurden. Wie wir geschrieben haben, als das Europäische Währungssystem im letzten September auseinanderbrach:

„Wir sehen den Anfang der Auflösung der Europäischen Gemeinschaft (EG), des wirtschaftlichen Kleisters, der dreieinhalb Jahrzehnte lang miteinander konkurrierende westeuropäische kapitalistische Staaten in dem von den USA dominierten NATO-Bündnis gegen die Sowjetunion zusammengehalten hat. Aber mit dem Zusammenbruch der stalinistisch regierten deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und dem Aufstieg der kapitalistischen Konterrevolution in Rußland fallen die imperialistischen Bündnisse des Kalten Krieges auseinander.“ („Euro-Chaos“, *Spartakist* Nr. 98, Oktober 1992)

Die EG lag allen am Herzen, solange Westdeutschland die Zeche bezahlte. Aber seit der kapitalistischen Wiedervereinigung ist das Geld in die andere Richtung geflossen. Bonn hat sein „kreditfinanziertes Aufkaufen“ der Deutschen Demokratischen Republik durch massive Schuldenaufnahme finanziert, die dieses Jahr schätzungsweise 7,5 Prozent des Bruttosozialproduktes des Landes erreichen wird. Um zu verhindern, daß die riesigen Haushaltsdefizite zu einer Entwertung der heiligen D-Mark führen, haben die Herren der Bundesbank die Leitzinsen beinahe auf Rekordniveau hochgeschraubt.

Weil daraufhin Geldkapital zu den Frankfurter Banken floß, mußten andere europäische Regierungen entweder ihre eigenen Zinssätze anheben, was ihre Wirtschaften weiter in die Depression treibt, oder ihre Währungen abwerten, was die Inflation anheizt. Die Franzosen sind verständlicherweise sowohl verbittert als auch neidisch darauf, daß Deutschland übermäßige Staatsausgaben mit einer starken Währung verbinden kann. Vor zehn Jahren, nach zwei aufeinander folgenden Abwertungen, kündigte die sozialdemokratische Regierung von François Mitterrand an, daß in Zukunft „rigueur“ (Austerität) und der starke Franc die Eckpfeiler seiner Wirtschaftspolitik sein würden. Als Ergebnis davon lag die Arbeitslosigkeit in Frankreich in den letzten zehn Jahren immer um die zehn Prozent.

Im letzten Frühjahr bestraften die Wähler Mitterrands Sozial-Monetaristen, indem sie den rechten bürgerlichen Parteien, die die wirtschaftliche Unzufriedenheit in Rassismus gegen Immigranten ummünzen wollten, eine riesige Mehrheit verschafften. Die neue Regierung des gaullistischen Ministerpräsidenten Edouard Balladur sah sich auch dem „starken Franc“ verpflichtet und war so dem gleichen unlösbaren Dilemma ausgesetzt wie ihre sozialistische Vorgängerin. Im Juni stieg die Arbeitslosigkeit in Frankreich auf die Rekordhöhe von 3,2 Millionen, 11,5 Prozent der Beschäftigten. Das Balladur-Regime senkte die Leitzinsen ein wenig in der Hoffnung, damit die Wirtschaft anzukurbeln. Das löste die Sturmflut aus.

Als sich Mitte Juli eine neue Welle spekulativen Drucks gegen den Franc aufzubauen begann, weigerte sich die Bundesbank eigensinnig, den Diskontsatz, den sie deutschen

Banken in Rechnung stellt, zu senken. Ein in Paris ansässiger Ökonom für die Wall-Street-Firma Smith, Barney berichtete: „Der Markt roch Blut, als die Bundesbank sich weigerte, sich von der Stelle zu bewegen.“ Europäische Zentralbanken warfen innerhalb von zwei Tagen mehr als 60 Milliarden DM auf den Markt, um die Spekulationshaie abzuwehren. Aber das waren nur kleine Fische im Vergleich zu den *mehr als tausend Milliarden Dollar*, die täglich auf den Geldmärkten umgeschlagen werden, und sie gaben sehr schnell jede Vorspiegelung einer europaweiten Währungsordnung auf.

Nachdem die Bundesbank den Rest von Westeuropa ins finanzielle Chaos gestürzt hatte, verkündete ihr Präsident Helmut Schlesinger triumphierend die Autokratie der D-Mark: „Die Bundesbank macht das, was sie für richtig erachtet – nicht das, was die Leute von ihr erwarten“ (*Washington Post*, 3. August).

Erst gestern hat die imperialistische Bourgeoisie noch groß getönt vom „Tod des Kommunismus“, und ein Sprecher des US-Außenministeriums verkündete das „Ende der Geschichte“ mit dem angeblich endgültigen Triumph der westlichen liberalen „Marktwirtschaft“. Aber heute ist die kapitalistische Welt angeschlagen. Obwohl sie die „Wohlfahrtsstaats“-Programme zerfetzen, die im Anschluß an den Zweiten Weltkrieg eingeführt worden waren, um der „kommunistischen Bedrohung“ etwas entgegenzusetzen zu können, sind die imperialistischen Herren der Welt in einer wirtschaftlichen Krise. *Business Week* (2. August) brachte eine Titelseitengeschichte mit der Frage:

„Was läuft falsch? Als der Kommunismus zusammenbrach und überall auf der Welt der freie Markt aufblühte, sollten die Friedensdividende und der Kapitalismus zusammen ein schnelles Wirtschaftswachstum anspornen. Auf lange Sicht mag es so kommen. Aber im Augenblick ist die Weltwirtschaft aus dem Tritt geraten. Hohe Arbeitslosigkeit, langsames Wachstum und massiver Lohn- und Preiswettbewerb sind in den industrialisierten Nationen vorherrschend. Willkommen in der neuen Wirtschaftsordnung, die niemand erwartet hat.“

Die „Antwort“ von *Business Week* war: „Eine neue brutale auf Konkurrenz ausgelegte Weltwirtschaftsordnung ist mit dem Ende des Kalten Krieges im Entstehen. Die Kräfte, die diese neue Weltordnung vorantreiben, werden noch auf Jahre vorherrschend sein und versprechen, das Leben für praktisch jedermann härter zu machen – vom Arbeiter am Fließband bis zum Vorstandsvorsitzenden.“ Aber trotz aller Rhetorik: „Wir sitzen alle in einem Boot“, seitens der kapitalistischen Presse verdiente im letzten Jahr ein durchschnittlicher Vorstandsvorsitzender in den USA 157mal soviel wie ein durchschnittlicher Arbeiter. Die Auswirkungen der neuen Weltordnung waren eine scharfe Zunahme der Klassenunterschiede, was der Auslöser für Klassenkämpfe von Süditalien bis Ostdeutschland, Polen und darüber hinaus ist. Was dringend notwendig ist, ist eine revolutionäre Führung, die diese Kämpfe zum Sieg führen kann.

Während die Herren des Vierten Reichs in ihrer Macht zur Zerstörung schwelgen, droht den Werktätigen Europas – nicht zuletzt in Deutschland selber – der schlimmste wirtschaftliche Abschwung seit Jahrzehnten, die Demontage des „Wohlfahrtsstaats“ der Nachkriegsjahre und der Anstieg faschistischer Parteien, angefach von Rassismus und Terror gegen Immigranten. Die blutsaugenden Bankiers und multinationalen Konzerne müssen durch revolutionären Klassenkampf besiegt und enteignet werden. Nur die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa können dafür sorgen, daß alle Werktätigen von der ehemaligen Sowjetunion bis zur iberischen Halbinsel einen angemessenen Lebensstandard in gesicherten Verhältnissen haben.

Nach Workers Vanguard Nr. 582, 13. August

Bischofferode...

Fortsetzung von Seite 3

beiter in Ost und West ausgeweitet werden müssen, die Bischofferode als ihre Sache angesehen haben – verbunden mit der Forderung, daß die Transportarbeiter *sämtliches* Kali boykottierten sollten. Dazu rief das Spartakist-Flugblatt vom 17. Juli auf, das auf Deutsch und Türkisch bei Betrieben, Bergwerken und Häfen in Ost und West verteilt wurde. Trotz der Verwüstung der ostdeutschen Industrie sahen wir im vergangenen April beim Metall- und Stahlstreik das Potential für mächtigen gemeinsamen Klassenkampf, als die Streiks angingen, auf den Westen überzugreifen.

Als Bonn und die Treuhand grünes Licht für die BASF-Übernahme des ostdeutschen Kali gaben, wollte *Neues Deutschland* den Kumpeln erzählen, ihr Kampf sei hoffnungslos. Doch als die breite Solidarität für die Kumpel anwuchs, tat die PDS alles erdenkliche, um diese *weg vom Klassenkampf* zu bringen und auf symbolische Hungerstreiks, impotente Mahnwachen, hohle Solidaritätskundgebungen und Privatisierungsrezepte mit ihrem „antimonopolistischen“ Kapitalisten Peine umzulenken. 1990 hat Mordow die großdeutsche Konterrevolution mit dem Ruf „Deutschland, einig Vaterland“ angepriesen. Jetzt versucht die PDS, die kleindeutsche „Marktwirtschaft“ zu verkaufen, *nachdem* der Kapitalismus die ostdeutsche Wirtschaft vernichtet hat.

Als Bonn das von der Treuhand subventionierte Geschenk des ostdeutschen Kali an IG-Farben-Nachfolger BASF machte, wo Reichskanzler Kohl seine Karriere anfangen, standen die 700 Bischofferöder Kumpel der Bourgeoisie von Auschwitz und ihrer Regierung insgesamt gegenüber. Es geht um die politische Macht: Jetzt hat sie die Bourgeoisie und die Arbeiter haben sie nicht. Sie haben mit dem Anschluß eine vernichtende politische Niederlage erlitten. Heute richtet sich jeder Klassenkampf direkt gegen das kapitalistische Regime und konfrontiert die veränderten Kräfteverhältnisse in der „Neuen Weltordnung“. Deshalb ist der Aufbau einer revolutionären Partei, für den wir Spartakisten kämpfen, so dringend notwendig.

Von Anfang an appellierte der Betriebsrat an die EG-Kommission in Brüssel, die Schließung der Grube wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht zu verhindern. So will auch der PDS-Chef im Bundestag, Gregor Gysi, in den Fusionsvertrag von Treuhand/Mitteldeutsche Kali AG hineinschauen, um das herauszufinden, was jedermann schon weiß: Deutschland will (wieder) Herr der Welt sein, und BASF Herr des internationalen Kali-Markts. Aber die EG wird die Kali-Fusion nur nach den Vorgaben überprüfen, die die mächtigen kapitalistischen Interessen schützen und Arbeitsplätze vernichten, wie in Rheinhausen.

Statt auf die Kartellbürokraten in Brüssel sollten die Arbeiter in Bischofferode auf die Arbeiter in ganz Europa schauen, von der Ukraine über Süditalien bis Schottland, die auch dagegen kämpfen, für den deutschen Anschluß zahlen zu müssen.

SPD und PDS spalten die Arbeiter in Ost und West

Die DGB-Bürokraten und Betriebsratfürsten, die jahrzehntelang die Entlassungen verwalteten, haben das Gift des Protektionismus und des Nationalismus in die Arbeiterklasse hineingetragen. Der Betriebsratvorsitzende von BASF, Volker Obenauer, warnt vor der Ansteckungsgefahr, die von den kämpfenden Kumpeln in Bischofferode ausgeht: „Da wird der alte Geist der Spartakisten wieder spürbar.“

Als Antwort verstärkten die SPD/DGB-Bürokraten ihren Druck, um die Arbeiter zu spalten. Der IGBE-Verräter Berger spielte die Angst vor weiteren Entlassungen aus, die

in Kassel umgeht, und organisierte gemeinsam mit dem Kali-Salz-Boß eine Hetz-Kundgebung gegen die Bischofferöder. Wen wundert es, daß Berger im Aufsichtsrat der BASF sitzt und sein SPD-Mittäter bei der Zerschlagung des Bischofferode-Bergwerks, IG-Chemie-Chef Rappe, im Treuhandvorstand. Und die angeblich „fortschrittlicheren“ Gewerkschaftsführer wie HBV- und IG-Metall-Bürokraten beschränkten sich auf leere Solidaritätsfaxe und das Aufhängen ihrer Fahnen am Werkstor der Kumpel.

Die „ostdeutsche Betriebsrätebewegung“ – ins Leben gerufen von PDS und Jakob Moneta, dem ehemaligen *metall*-Chefredakteur und bekannten Unterstützer des vorzüglich trotzkistischen „Vereinigten Sekretariats“ (VS) – spielt mit ihrem kleindeutschen Nationalismus den IGBE-Spaltern direkt in die Hände. In der ehemaligen DDR sind mit Hilfe der Betriebsräte, die den Arbeitern als Teil der SPD-geführten Hexenjagd übergestülpt wurden, Millionen entlassen worden, alles im Interesse der „Gesundschumpfung“ für die Kapitalisten. Heute reden Ost-Betriebsräte über Solidarität, aber was sie meinen, ist Klassenzusammenarbeit, nicht Klassenkampf! Sie meinen mehr Hungerstreiks von Leuten wie der berüchtigten PDSlerin Christine Ostrowski in Dresden, die im trauten Gespräch mit Nazi-Führern die „Übereinstimmung“ sucht. Die PDS und ihre Ost-Betriebsräte wollen die breite Solidarität der ostdeutschen Bevölkerung für die Hungerstreikenden ausnützen, um ihre Volksfront-„Komitees für Gerechtigkeit“ aufzubauen, wo sie zusammen mit dem DSU/CDUler Michael Diestel für Investitionen in Ostdeutschland werben.

Während die IGBE-Führung die Kumpel aufforderte, aufzugeben, predigte die PDS genauso offen: „Arbeitsplätze kann man nicht herbeistreichen. Diese Lektion Marktwirtschaft haben wir alle inzwischen gelernt“ (*Neues Deutschland*, 20. Juli). Auf die Beschuldigung der Kapitalisten, die PDS wolle mit Bischofferode „flächendeckende Unruhen provozieren“, beteuert Gysi durchaus wahrheitsgemäß, „daß dies ... ihre Motivation falsch wiedergibt.“ Genau das will die sozialdemokratische PDS nämlich verhindern.

Klassenkampf und Arbeiterverteidigung

In Thüringen sind seit dem Anschluß 75 Prozent der Industrie vernichtet worden. Besorgt stellte die großbürgerliche *FAZ* am 12. August fest: „Darüber ist es schwer, im Bewußtsein zu halten, daß die Vollbeschäftigung in der DDR (bei kargen Löhnen) eine Schimäre war“. Nun, für die Millionen, die in der DDR eine sichere Arbeit, Gesundheits- und Kinderversorgung hatten, waren die Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaates DDR alles andere als „Schimäre“. Wie der Hungerstreikende Andreas Luft bemerkte: „Plötzlich wird wahr, was sie uns im Staatsbürgerkunde-Unterricht eingebleut haben“ (*Die Woche*, 22. Juli).

Immer noch schwelende antikommunistische Stimmungen finden auch Gehör unter Kali-Arbeitern. Die SPD-geführte Hexenjagd gegen ehemalige DDR-Repräsentanten ist ein Instrument, um die Arbeiterklasse angesichts der Angriffe der Bosse zu spalten und zu paralysieren. Sie dient zur Aufhetzung von Nazi-Terror, stempelt die DDR zum „Unrechtsstaat“ und dämonisiert ihre sozialen Errungenschaften wie z. B. das Recht auf Arbeit. Die SpAD kämpft gegen die antikommunistische Hexenjagd und fordert: Freiheit für Erich Mielke und Heinz Keßler, Hände weg von Markus Wolf! Das Verbrechen der Bürokratie war es, die Errungenschaften der DDR ausgehöhlt und sie schließlich verschenkt zu haben, im Namen der „friedlichen Koexistenz mit dem Imperialismus“. Wir Spartakisten haben 1989/90 mit allen Kräften gegen die Konterrevolution und für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR und für die sozialistische Revolution im Westen gekämpft.

Die Drohung von Treuhand und ihrer versprochenen

BASF-Braut, der Mitteldeutschen Kali, die Kumpel vom Werksgelände zu räumen, stellte eine dramatische Eskalation dar. Bis dahin tolerierten sie die Besetzung, und die Kumpel bekamen sogar ihr Geld aufs Konto. Doch mit der Räumungsdrohung waren die Tage der symbolischen und moralischen Gesten vorbei. Eine wirkliche Machtprobe war auf der Tagesordnung. Die Kumpel konnten entweder in die Knie gehen oder in Klassenkampf eintreten: das Werk als *bestreikt* erklären und fliegende Streikposten zu benachbarten Betrieben schicken. Nötig war die Aufstellung von *Massenstreikpostenkett*en, gemeinsam mit Metallarbeitern aus Ammendorf und Leipzig, LKW- und Traktorfahrern, Arbeitern aus dem Jagdmaschinenwerk Suhl, die alle ihre Solidarität gezeigt hatten, sowie Zehntausenden Bergarbeitern der Region, in Arbeit und arbeitslos, zusammen mit ihren Familien.

Delegationen von Eisenhüttenstadt bis zum Ruhrpott hätten organisiert werden können, damit Zehntausende Türken und Kurden, die eine Schlüsselrolle in der Produktion spielen, ihre Kampferfahrung in vorderster Reihe einsetzen. Deshalb ist die Verteidigung der Immigranten und die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle, die hier sind, doppelt wichtig.

Das erste Kräftemessen kam rasch. Der Drohung von Treuhand/MDK folgte ein angekündigter Nazi-Aufmarsch in Bischofferode, wo sie den Geburtstag von Rudolf Heß am 14. August „feiern“ und ein neues Solingen inszenieren wollten. Um diese finstere Provokation zurückzuschlagen und das Aussiedlerheim in der Nähe zu verteidigen, hätten die Kumpel die Flüchtlinge verteidigen sollen, die sich mit ihrem Kampf solidarisch erklärt hatten. Durch Massenstreikposten hätten sie ihre Arbeiterverteidigung und damit auch den Kern von Arbeitermilizen aufbauen können. In den letzten Monaten haben die Kali-Kumpel mehrmals erfolgreich Polizei- und Naziprovakationen zurückgeschlagen.

Doch diesmal wurden sie *demobilisiert*. Diese Gelegenheit nutzte die Polizei zu einer Großmobilmachung und Besetzung des Werksgeländes. Dies war eine Generalprobe und direkte Drohung, den Räumungsbefehl nach Bedarf durchzuführen. Während Antifaschisten auf den Zufahrtsstraßen festgenommen wurden, marschierten die braunen Banden ungestört in Fulda. Die Reformisten wie PDS und MLPD, die nach einem „Verbot der Nazis“ und mehr Polizei rufen, verlassen sich auf denselben kapitalistischen Staat, der Immigranten abschiebt, während er Faschisten schützt.

Kinder der SPD/PDS

Aber Betriebsratchef Brodhun knickte vor der Treuhand/BASF-Drohung ein. Er sagte zu, „Ordnung und Gesetzmäßigkeit auf dem Werksgelände“ wiederherzustellen. Das bedeutete, keine Besetzung des Schachts mehr; Solidaritätsdelegationen und Linke – Brodhun geiferte über „Hobby-Terroristen“ – wurden ausgeschlossen. Der Betriebsrat spaltete sich am 19. August mit 8 zu 7 über Brodhuns Ausverkauf, und viele Arbeiter nannten ihn offen einen Verräter. Aber *ND* erklärte am Tag danach: „Bischofferode kämpft weiter“. Und die MLPD tonte: „Vorwärts mit dem Kampf in Bischofferode! Vorwärts mit der Arbeiteroffensive!“ (*Rote Fahne*, 28. August).

Bei der DKP hieß es „Von der Verzweiflung zum Widerstand“ (*uz*, 20. August); umgekehrt entspräche es eher der Wahrheit. Daneben zeigten sie ein Foto von Thyssen-Stahlarbeitern, die 3000 Kreuze (!) in die Erde hämmerten.



AP

Trotz der Entschlossenheit der kampfberedten Kali-Kumpel führte Hungerstreik-Strategie der PDS zur Niederlage

Im Sinne der bürgerlichen Kampagne „Der Kommunismus ist tot“ nehmen sie jetzt sogar „eine führende Rolle“ bei der Abfassung des Nachrufs auf den Klassenkampf ein.

Die MLPD präsentiert Rheinhausen als Kampf, „der in ganz Deutschland ein Vorbild geworden ist“. Aber weil die sozialdemokratischen Betriebsräte und ihre Helfershelfer von DKP und MLPD dafür sorgten, daß Rheinhausen trotz der Solidaritätsbekundungen in ganz Westdeutschland im Namen der „Selbständigkeit“ isoliert blieb, ist das Werk letzten Monat endgültig geschlossen worden. Jetzt will die MLPD mit Unterschriften für „Arbeitsplätze für Millionen“ die Bosse dazu zwingen, 5 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Kampagne ist besonders grotesk, wenn man sich daran erinnert, wie diese Mao-Reformisten die Konterrevolution in der DDR unterstützt haben, mit der bisher 5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet wurden.

Frauen und Immigranten waren die ersten Opfer der Konterrevolution in der DDR. Besonders die Frauen haben in Bischofferode eine führende Rolle innegehabt. Dringend nötig ist ein Programm, um Arbeit für alle zu schaffen. Wir fordern eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit und massive Programme öffentlicher Arbeit. Dazu gehören auch die Forderungen für die Abschaffung der Paragraphen 218/219 und für kostenlose Kinderversorgung der höchsten Qualität rund um die Uhr. Aber diese völlig vernünftigen Forderungen können im Kapitalismus nicht verwirklicht werden. Sie setzen eine von Arbeiterräten demokratisch geplante Wirtschaft unter einer Arbeiterregierung voraus, um die Produktion im Interesse der Werktätigen anstatt des Profits zu organisieren.

Was bietet die SPD-„Opposition“ Voran dagegen an: eine Übernahme in „Staatseigentum“ à la britische Labourpolitik. Und weil das Kali-Bergwerk in Bischofferode bekanntermaßen schon in staatlichem Treuhand-Besitz ist, wird flugs das Wort „direkt“ davorgesetzt und das Ganze mit der Forderung nach „demokratischer Verwaltung“ gewürzt. Dieser Zweitaufguß der verhassten Montan-Mitbestimmung, die im Ruhrgebiet seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu konstanter Massenarbeitslosigkeit geführt hat, soll laut Voran „die Übel sowohl des Stalinismus als auch des Kapitalismus vermeiden“. Was Voran vermeiden will, ist der Kampf für den Sozialismus. Bei der Konterrevolution in der DDR war Voran wie die MLPD fest an der Seite der SPD, um den Kapitalismus einzuführen.

Sogar noch lächerlicher war die Linie der *SoZ*, Zeitung der VSP (eine Vereinigung zwischen Maoisten und Mandel-

Fortgesetzt auf Seite 22

Pogrom in Sivas...

Fortsetzung von Seite 24

einreihen wollte, wurde er ausgepiffen.

Vor dem Pogrom las der Bürgermeister Temel Karamollaoglu (Mitglied der „Refah Partisi“ – Wohlstandspartei) den Mördern einige Verse aus dem Koran vor: „Euer Feldzug sei gesegnet, Moslems, meine Brüder“. Kurz vorher hatte er mit dem Innenminister Mehmet Gazioglu telefoniert und die Anweisung erteilt, daß Fahrzeuge der Stadtverwaltung die Statue von Pir Sultan Abdal fortschleifen, zerschlagen und verbrennen. Auch die Statue von Atatürk soll beschädigt worden sein. Die Pogromisten riefen: „Die Republik wurde hier gegründet, und hier soll sie zermalmt werden!“ (Nicht weit entfernt vom Hotel Madimak hatte Kemal Atatürk nach dem Ersten Weltkrieg eine türkische Nationalversammlung einberufen.) Pünktlich als das Pogrom anfang, zogen sich Polizei und Militär zurück. Dies war ein staatlich inszeniertes Massaker.

Schon einige Tage zuvor wurde in Flugblättern zum „heiligen Krieg“ gegen die „Gottlosen“ aufgerufen. „Gottlose Teufel“ nennen klerikale Faschisten in der Türkei die Minderheit der moslemischen Aleviten, die ca. 15 Prozent der Bevölkerung darstellen und einer schiitischen, eher laizistischen Richtung entstammen, während die vom Staat geförderte Religion in der Türkei sunnitisch ist. In Sivas ist die Hälfte der Bevölkerung kurdischer und alevitischer Herkunft. Das vierte Kulturfestival fand in der Stadt zu Ehren des Dichters Pir Sultan Abdal statt, der vor 400 Jahren vom osmanischen Gouverneur von Sivas gehängt wurde und als Symbol für Widerstand gegen Unterdrückung gilt.

Als sogar der Gouverneur von Sivas Polizei und Militär indirekt der Mithilfe beim Morden beschuldigte, antworteten die Herrschenden mit seiner Amtsenthebung. Aus Solidarität mit den Opfern schloß die kurdische Stadt Cizre alle ihre Läden. Und der türkische Staat antwortete sofort mit Massakern an Kurden. Das ganze Land ist in Aufruhr.

Für permanente Revolution in der Türkei!

Rufe nach Kemal Atatürk, dem bürgerlich-nationalistischen Modernisierer, der die türkische Republik gegründet hat, und nach Demokratie werden laut. Doch gerade Kemal

zeigte, wie begrenzt bürgerliche Revolutionen in der imperialistischen Epoche sind. Die Kemalisten haben die privaten Eigentumsformen, die sie vom Osmanischen Reich geerbt haben, nicht angetastet. Als die nationale Bourgeoisie in der Türkei an die Macht kam, war sie unfähig, selbst die drängendsten demokratischen Aufgaben zu lösen, wie die Agrarfrage, demokratische Rechte und besonders die Gleichheit für Frauen und Kurden, geschweige denn das Recht auf nationale Selbstbestimmung der Kurden. Und um das kapitalistische Gesellschaftssystem aufrechtzuerhalten, das schon vor Anbruch dieses Jahrhunderts seine fortschrittliche Rolle verloren hat, wird religiöser Obskurantismus, Aberglauben und Terror wiederbelebt.

Die Türkei liefert ein krasses Beispiel für die trotzkistische Perspektive der permanenten Revolution, die durch die Russische Revolution bestätigt wurde. Die Bauern sind an ihre Landbesitzer gekettet, die Frauen werden buchstäblich angekettet und schlechter behandelt als Pferde, die Kurden dürfen ihre Muttersprache nicht sprechen – all das zeigt die Unfähigkeit der Bourgeoisie in rückständigen Ländern in der Epoche des Imperialismus, irgendeine der Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu lösen. Es ist erforderlich, die Besitzenden, die Großgrundbesitzer und Kapitalisten, zu enteignen und die Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu errichten. Die Antwort liegt in der Mobilisierung der Arbeiterklasse, der einzigen sozialen Kraft, die die Ketten der Rückständigkeit zerbrechen und durch proletarische Revolution die demokratischen Aufgaben erfüllen kann.

Die Russische Revolution, die zur proletarischen Machteroberung unter der Führung der Partei Lenins und Trotzki führte und die Massen im zaristischen Völkergefängnis befreite, hatte gewaltigen Einfluß auf die türkische Unabhängigkeitsbewegung in den 20er Jahren. Die Freiheitsbewegung hatte plebejische Massenunterstützung, einschließlich von Kurden, Griechen und Armeniern. Kemal Atatürk war gezwungen, die Losungen der Bolschewiki zu benutzen, um seine Macht zu konsolidieren; im gleichen Atemzug unterdrückte er brutal die werktätigen Massen, die er mobilisiert hatte. Die türkisch-nationalistische reaktionäre Regierung konnte die Arbeiterbewegung und die kleine türkische Kommunistische Partei, die erst mitten im nationalen Auf-

Bischofferode...

Fortsetzung von Seite 21

Unterstützern, die die wahre Liebe im Antisowjetismus fanden). Sie jubelt: Statt „Klassenkampfparolen auf den Lippen“ kämpfen die Kumpel um „etwas ganz und gar Kapitalismus-immanentes: um die Privatisierung ihrer Gruben“ (26. August). Zynisch fügen sie in klassischer Mandel/Bernstein-Manier hinzu, sowas könne „in der Wirklichkeit mehr bewegen als alle klugen Programme“.

Der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) unterstützte die Vernichtungspolitik der Deutschen Bank und behauptete, die hart erkämpften sozialen Errungenschaften des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats seien nichts wert gewesen. Wie in jedem konkreten Fall, wo die Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gestellt war, nahm der BSA die Seite der Imperialisten ein. 1990 rief er zur Wahl der SPD auf, dem Trojanischen Pferd der Konterrevolution, und unterstützte die Kampagne des SPD-Hexenjähgers und Roma-Jähgers Lafontaine.

Heute, wo die Sowjetunion und die DDR nicht mehr existieren, greifen diese politischen Banditen die Gewerkschaften an. So sagt BSA-Anführer Ulrich Rippert: „Aber die reformistischen Gewerkschaften der Nachkriegsperiode sind für den Kampf der Arbeiterklasse tot“ (*neue Arbeiter-*

presse, 20. August). Der Angriff des BSA zielt nicht auf die verrottete bürokratische Gewerkschaftsführung, die durch die Arbeiter selbst rausgeschmissen werden muß, sondern auf die defensiven Organisationen der Arbeiterklasse: die Gewerkschaften insgesamt. Statt dessen propagieren sie ihre dubiose „Internationale“, deren Linie in den 70er Jahren durch Öldollars festgelegt wurde, die sie von arabischen Despoten kriegten. In den 80er Jahren führte sie ihr wütender Antikommunismus zur Unterstützung der Konterrevolution von Solidarność bis hin zur wütenden Hexenjagd gegen Arthur Scargill, dem Führer des über ein Jahr andauernden Streiks der britischen Bergarbeiter.

Die wesentliche Lektion aus dem Kampf der Bischofferöder Kumpel ist: Der „Geist der alten Spartakisten“ muß dringend wieder spürbar werden. Auch Teil- und Verteidigungskämpfe der Arbeiter müssen mit der historischen Aufgabe ihrer Klasse verbunden werden: der revolutionären Machteroberung. Die Arbeiter brauchen eine *leninistisch-trotzkistische Partei*, die die Werktätigen zur politischen Macht führen kann, zur Errichtung einer *Arbeiterregierung*, die die Banken und Industriearbete enteignet und eine *wirkliche* Planwirtschaft auf internationaler Ebene organisiert – damit der Reichtum dieses Landes in den Dienst der Arbeiter und Unterdrückten gestellt wird. ■

stand entstanden war, enthaupten. Auf dem 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erklärte der türkische Kommunist Orchan am 5. November 1922:

„Die Kommunistische Partei der Türkei wurde in dem Augenblick gegründet, als die bürgerlich-nationalistische Regierung – die es verstanden hatte, sich an die Spitze der von den Arbeitern und Bauern eingeleiteten Freiheitsbewegung zu stellen – sich gegen die vitalsten Interessen der werktätigen Massen wandte; infolgedessen stand die Kommunistische Partei der Türkei zur Zeit ihrer Gründung zwei Feinden gegenüber: dem Imperialismus und der nationalistischen Bourgeoisie.“

Heute versucht die türkische Bourgeoisie zwischen zwei imperialistischen Mächten (Deutschland und USA) zu lavieren und ihre großtürkischen Appetite durchzusetzen. Sie will sowohl nach Sarajevo als auch nach Mossul und Kirkuk vorstoßen und vom Zerfall der ehemaligen UdSSR profitieren; zu diesem Zweck peitscht sie türkischen Chauvinismus hoch.

Sogar noch mehr als im imperialistischen Deutschland hat die allgemeine kapitalistische Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit das Anwachsen islamischen und faschistischen Terrors in der Türkei geschürt. Das US/NATO-Massaker im Golfkrieg verschärfte die interimperialistischen Rivalitäten, besonders über die Frage, wer ist Pate Nr. 1 in der Türkei. Der unerwartete Tod des Kurdenschlächters Turgut Özal hat den Machtkampf der verschiedenen Fraktionen der instabilen Bourgeoisie von Atatürk-Anhängern und Fundamentalisten beschleunigt. Als Werbung für westliche Investitionen und für die gewünschte EG-Mitgliedschaft hat das halbbonapartistische Regime in Ankara nun die Harvard-Absolventin Ciller zur Ministerpräsidentin gekürt. Ihr erster Staatsakt war, sich vor dem Islam zu verbeugen, kurz darauf führten die Fundamentalisten den Massenmord in Sivas durch.

Nesin und sein Zirkel sind Bewunderer des Kemalismus. Wenn heute der Kemalismus gegen den islamischen Fundamentalismus hochgejubelt wird, so erinnern wir an die Massaker an der kurdischen/alevitischen Bevölkerung von Dersim 1936, wo die Menschen grausam zerstückelt wurden. Oder an das Massaker der Jungtürken von 1915 an den Armeniern, dem ersten großen Völkermord in diesem Jahrhundert, der Hitlers Vorbild für den Holocaust an Juden wurde (siehe auch den Artikel „Ethnische Säuberungen...“ auf Seite 12 in dieser Zeitung). In der Epoche des Imperialismus wird ständig nationalistische und klerikale Reaktion gebrütet.

Verteidigt demokratische Rechte!

Chomeini hatte 1989 eine Todes-Fatwah gegen Rushdie verhängt. Die deutsche Lufthansa verweigerte Rushdie jetzt im August 1993 sogar die Beförderung! Der Streit zwischen Rushdie und Nesin über die Veröffentlichung der *Satanischen Verse* wurde von den bürgerlichen Medien gegen den standhaften Atheisten Nesin benutzt. Nesin erklärte nach seiner Versöhnung mit Rushdie: „Es geht darum, gegen den antisäkularen Kurs in der Türkei und gegen das Verbot von Büchern anzukämpfen.“ Zum Brandanschlag sagte er: „Eine Regierung, die die Herausgabe und sogar die Einfuhr der ‚Satanischen Verse‘ verbietet, ist mitschuldig an dem Massaker in Sivas“ (*taz*, 28. August). Während man in Buchläden in der Türkei immerhin die Bücher des Generalsekretärs der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, Öcalan, kaufen kann, sind die Verse von Rushdie verboten.

Wie wir im Artikel „Verteidigt Salman Rushdie!“ (*Spartakist* Nr. 61, April/Mai 1989) schrieben:

„Die Verteidigung der sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften der Renaissance, der gro-

Ben bürgerlich-demokratischen Revolutionen, einschließlich des amerikanischen Bürgerkriegs, sowie der Siege der proletarischen Oktoberrevolution in Rußland – von der Gewissensfreiheit bis zur Befreiung von Ausbeutung – ist ein untrennbares Ganzes. In Verteidigung der fundamentalen demokratischen Rechte und elementarer menschlicher Anständigkeit fordern wir: Die *Satanischen Verse* müssen gelesen werden können!“

Als die angeblichen Linken die blutige islamische Reaktion im Iran bejubelten, haben islamische Fundamentalisten 1978 bei einem Massaker in Kahramanmas 114 alevitische Bewohner ermordet. Die Spartakisten sagten: „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Arbeiter an die Macht im Iran!“ Ein Teil der heutigen islamischen Fundamentalisten hat als Mudschaheddin früher russische Lehrer ermordet, weil sie afghanischen Frauen Lesen und Schreiben beibrachten. Unsere Tendenz rief „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und „Für die Ausweitung der Oktobererrungenschaften“, als „Linke“ den antikommunistischen Feudalismus in Afghanistan unterstützten.

60 Jahre nachdem Atatürk die Trennung von Moschee und Staat in der Türkei gewaltsam durchsetzte und formal traditionelle moslemische Einrichtungen wie *Kalym* (den Brautpreis) abschaffte, gedeihen diese reaktionären Einrichtungen weiterhin in der hauptsächlich bäuerlichen Bevölkerung der Türkei. Nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 wurden erstmals die islamische Unterweisung an den Schulen als Pflichtfach und religiöse Maßnahmen wie Kleiderordnung für junge Mädchen und Alkoholverbot in der Nähe von Moscheen eingeführt. Es gibt mehr Imame pro Einwohner als Ärzte.

Zwar wurde unter Kemal Atatürk eine moderne säkulare Gesetzgebung etabliert, unter anderem das Frauenwahlrecht 1935 und damit wesentlich früher als im imperialistischen Frankreich eingeführt. Aber der Moralkodex des Islam und des Feudalismus wurde von der Republik Atatürks nicht angetastet. Die Frauen in der Türkei blieben unterdrückt, und die kurdische Frau ist sogar dreifach unterdrückt. Wenn heute der von der PKK unterstützte Verband der kurdischen Aleviten in einem Flugblatt vom 9. Juli gegen das Massaker in Sivas erklärt: „Denn der Islam ist gegen jegliche Unterdrückung“, kann man sich vorstellen, was deren Alternative zum Kemalismus den Frauen bietet.

Vor 75 Jahren waren moslemische Frauen im zentralasiatischen Teil der Sowjetunion nicht besser dran. Eine der ersten Aufgaben der jungen bolschewistischen Regierung war die Schaffung von Zhenotdel, einer Organisation für die Arbeit unter Frauen. Frauen mit moslemischem Hintergrund aus vielen Nationalitäten, die nicht länger vom Schleier verhüllt waren, konnten am gesellschaftlichen Leben als Menschen teilnehmen und wurden nicht mehr als Tiere behandelt. Die gesellschaftlichen Grundlagen für diesen Sprung über die Jahrhunderte hinweg wurden durch die siegreiche bolschewistische Revolution und die Etablierung der Diktatur des Proletariats gelegt.

Das starke und militante türkische Proletariat, einschließlich seines kurdischen Bestanteils, ist – mobilisiert unter der Führung einer leninistischen Avantgardepartei, die die Perspektive der permanenten Revolution auf ihr Banner geschrieben hat – die soziale Kraft, die die Frauen und Kurden der Türkei aus ihrer Unterjochung befreien kann. ■

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin

Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreif, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

Pogrom der Fundamentalisten in Sivas

Von Istanbul bis Köln: Hunderttausende protestieren

In Berlin und Köln demonstrierten über 10 000 Türken und Kurden gemeinsam gegen das Sivas-Massaker. Sie riefen: „In Sivas die islamischen Reaktionen, in Solingen die Skinheads“



Sakellariou/Berliner Zeitung

Die Warnung des deutsch-jüdischen radikalen Dichters Heinrich Heine: „Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen“, grausam bestätigt vom Hitler-Regime in Deutschland, wurde am 2. Juli in der zentralanatolischen Stadt Sivas dramatisch wahr. Kurz nach dem Freitagsgebet in den Moscheen startete das Pogrom. Unter dem Schutz von Polizei und Militär rotteten sich 10 000 unter Führung islamischer Fundamentalisten zusammen, die mit Steinen und Rufen „Wir wollen die Scharia“ gegen „Satan Nesin“ vor das Hotel Madimak rückten. Zielscheibe des Pogroms war der berühmte antiklerikale Dichter Aziz Nesin, weil seine Zeitung *Aydinlik* Auszüge der *Satanischen Verse* von Salman Rushdie veröffentlicht hatte.

Die Besucher eines Kulturfestivals, darunter die Blüte der Kultur in der Türkei, verbarrikadierten sich in dem Hotel und suchten vergeblich sich zu verteidigen. Der Mob drang mit Benzinkanistern in das Hotel; Menschen, die fliehen wollten, wurden zurück in die Flammen getrieben. Als die sehr zögerlich erschienene Feuerwehr endlich einige retten wollte, hetzte ein Stadtrat die Menge gegen Aziz Nesin auf: „Tötet den Gottlosen“. 37 Menschen verbrannten qualvoll, 60 wurden zum Teil schwer verletzt, Nesin kam mit Rauchvergiftung davon. Nachdem das Hotel in Flammen stand, wüteten die Schläger weiter im alevitischen Stadtteil Alibaba.

Sofort nach dem Massaker in Sivas hetzte die Regierung gegen die Opfer und klagte Nesin der Provokation an! Aber

fast eine Million Menschen strömte auf die Straßen in der Türkei. Es waren ihre Sänger und Dichter wie Metin Altıok und Behçet Aysan und Muhlis Akarsu, die sie zu Grabe trugen. Unter den Toten war der beliebte Sänger Nesimi Cimen, der Musiker Hasret Gültekin, der als einer der ersten kurdischen Musik veröffentlichte, der Literat Asim Besirci, der über den jahrzehntlang verbotenen kommunistischen Dichter Nazim Hikmet schrieb.

Aus den Beerdigungen der beim Massaker ermordeten Menschen wurden machtvolle Massenproteste gegen rechten Terror von Istanbul bis Ankara. Hunderttausende riefen „Nieder mit der Scharia“. „In Sivas die islamischen Reaktionen, in Deutschland die Skinheads“ stand auf den Transparenten, die von jungen Leuten, Frauen und Arbeitern getragen wurden. Darunter waren viele aus den Slums, die aus den kurdischen Notstandsprovinzen vor dem Militär geflohen sind.

Parolen wie „Die Regierung soll zurücktreten“ und „Der Staat ist der Mörder“ wurden gerufen. Wie heterogen der Protest war, zeigen die Sprechchöre wie „Wir sind das Volk, wir sind stark, wir sind Kemalisten“, während gleichzeitig kleine Blöcke der kurdischen Arbeiterpartei PKK „Guerillas nach Sivas“ riefen. Der islamische Fundamentalismus und die Staatsmacht sind zutiefst verhaßt. Die Regierung und die Parteien hielten sich fern — als der stellvertretende Ministerpräsident İnönü sich in Ankara

Fortgesetzt auf Seite 22